

Kommt alle zur
VORAN-
Veranstaltung
am 16. April '89
nach Köln
(siehe auch Seite 3)

VORAN

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 107 - Februar 1989

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Statt Milliarden für Rüstung -

Wer kennt nicht Norbert Blüms flotte und dumme Sprüche über unverantwortliches Anspruchsdenken vieler Arbeiter und ähnliches. Dies ist die offizielle Begründung für Angriff der Kohl-Regierung auf die Mehrheit der Bevölkerung: Kürzung des Krankengeldes, wesentlich höhere Selbstbeteiligung (z.B. beim Zahnersatz), drastische Erhöhung der Versicherungsbeiträge z.B. bei den Studenten und Rentnern. Doch was für Arbeiter, Rentner, Studenten eine deutliche Verschlechterung im Lebensstandard bedeutet, ist im Vergleich zu verschwenderischen Ausgaben im Rüstungsbereich kaum der Rede wert.

Den Versicherten und Rentnern wird durch die Gesundheitsreform 10 Mrd. DM aus der Tasche gezogen. Doch mit diesem gigantischen Diebstahl ließe sich z.B. der „Jäger 90“ nicht finanzieren. Die offiziellen Kosten für 200 Exemplare des „Jägers 90“ werden mit 22,35 Mrd. DM angegeben. Die allgemeinen Erfahrungen zeigen, daß Rüstungsprojekte am Ende ein Vielfaches vom veranschlagten Preis kosten. Insgesamt wird beim „Jäger 90“ mit 100 bis 150 Mrd. DM gerechnet!



Wie wir schon bei den Airbus-Subventionen sehen konnten, wird uns das Geld aus der Tasche gezogen, um

es den Unternehmen in den Rachen zu werfen. Die Rüstungsfirmen sahen mit am meisten ab, wie auch der „Jä-

ger 90“ zeigt, an dem vor allem MBB und Dornier verdienen.

Daß dieser Staat nicht unser aller Staat ist, zeigen dessen enge Verbindungen vor allem zu den Rüstungsunternehmen. Angriffe auf die Gesundheitsreform dürfen im Parlament vor

der Öffentlichkeit beschlossen werden, bei großen Rüstungsprojekten läuft das anders. Der CDU-MdB und jetziger parlamentarischer Staatssekretär Wimmer bekannte freimütig: „Die Abgeordneten hatten keine Chance, den „Jäger 90“ zu verhindern, nachdem sich die Exekutive mit Franz-Josef Strauß und Messerschmitt-Bölkow-Blohm einig war.“

Ein weiteres Projekt ist schon geplant: 15 Mrd. DM sollen für den neuen deutsch-französischen Kampfhubschrauber „PAH 2“ lockergemacht werden. Der wirkliche Preis wird auf die 50 Mrd. DM zugehen.

Das können wir uns nicht länger gefallen lassen. Remscheid hat gezeigt, daß uns Rüstungsergebnisse nicht beschützen, sondern bedrohen. Der „Jäger 90“ bringt im übrigen noch größere Gefahren als andere Kampfflugzeuge; z.B. wird der Raketenabschuß

nicht durch Knopfdruck, sondern durch Sprachsignale ausgelöst. Dazu kommt die gegenüber anderen Düsenjägern größere Wahrscheinlichkeit eines „Blackouts“ bei den Piloten in engen Kurvenflügen, was die Anzahl der Abstürze erhöhen würde.

Doch wozu dies alles? Selbst „Jäger 90“-Lobbyisten wie Erich Riedl von der CSU sagen, daß es militärisch nutzlos ist, Hochleistungs-Kampfflugzeuge an „den Himmel zu hängen“, die mit Billigraketen abgeschossen werden können. Bei den Rüstungsprojekten geht es nur um den Profit.

Wir müssen für die Rücknahmen aller Kürzungen im sozialen Bereich und für den Ausbau des sozialen Netzes kämpfen. Geld ist wahrlich genug da, wenn wir die Rüstungsprojekte verhindern und den Rüstungshaushalt drastisch senken.

Bruno Hof, Köln, Jungsozialist

Bildung für Alle!

Bildungsminister Jürgen Möllemann hat sich im Dezember 1988 wieder mal übertroffen. Er bescherte den Hochschulen ein Almosen (Hilfsprogramm) von 2 Mrd. DM, verteilt auf die nächsten sieben Jahre. Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Und heiß ist dieser Stein allemal. Die Studentendemonstrationen in den letzten Monaten haben bewiesen, daß auch die Studenten bereit sind, für ihre Rechte zu kämpfen.

Es ist inzwischen kein Geheimnis mehr, daß der Zustand an unseren Universitäten katastrophal ist; überfüllte Hörsäle, Chaos, Wohnungsnot etc - ein Zustand, der aber keineswegs über Nacht kam. Bereits Ende 1980

Universitäten verkommen so zu Ausbildungsfabriken, Seminarplätze werden wegen der Vielzahl an Studenten verlost, Bildung wird so zum Glücksfall. In einer Hinsicht werden Studenten jedoch gut auf ihr künftiges Arbeitsleben vorbereitet: flexibel sein (laut Duden: beugsam, biegsam) und sich schnell auf neue Berufsbilder umstellen können, ob es einem paßt oder nicht, da hat man eben Pech gehabt.

Wohnungsnot

Wer wohnen will, der findet auch eine Wohnung. Sicherlich stimmt dieser Spruch, wenn man als Student 500-900 DM für eine Wohnung übrig hat. So sind die Preise in Ballungsgebieten. Auch hier sind Studenten auf sich allein gestellt. Der Bund beteiligt sich seit 1981 nicht mehr an der Finanzierung von Studentenheimen, die Länder haben alle Planungen eingestellt, über 90% der Studenten müssen sich auf dem immer enger werdenden „freien Wohnungsmarkt“ eine Wohnung suchen.

Wer nicht über finanzielle Reserven oder reiche Eltern verfügt, ist eben aufs Jobben angewiesen, mal ganz abgesehen davon, daß die Lage auf dem Arbeitsmarkt es nicht gerade leicht macht, einen Job zu finden (selbst solche mit 8 DM Stundenlohn sind rar!). Nebenher arbeiten zu müssen kostet

viel Zeit, welche fürs Studium verloren geht. Und das soll sich in Zukunft auch noch negativ auf das Prüfungszeugnis auswirken. Nach Möllemanns Planungen soll in Zukunft im Prüfungszeugnis auch die Zahl der Semester stehen, da er davon ausgeht, daß „Langzeitstudenten“ automatisch faul

sind. Er beruft sich auf Studien, die beweisen sollen, daß durch Jobben höchstens ein Semester verloren geht. Leider ist diese These absolut wirklichkeitsfremd.

Wer heute studieren will, braucht also einen langen Atem. Durch Büchermangel, zu wenig Professoren und

besonders den Numerus Clausus in den sogenannten „Modenfächern“ kommen weitere Hürden hinzu.

Was jetzt angesagt ist, sind billige Wohnungen, mehr Lehrkräfte und Lernmaterial, eine finanzielle Grundversicherung für die Studenten usw. Hier könnte die SPD über ihre Landesregierungen schon viel tun, indem sie eine Bildungspolitik im Interesse der Studenten betreibt und Druck auf Bonn ausübt. Nötig ist Bildung für alle und nicht nur für eine Elite! In Bonn ist jedoch ein Verteidigungshaushalt von geplanten 53,3 Mrd. DM wesentlich gefragter. Das ist mehr als das 14fache des Bildungsetats.

Roland Leroi, Krefeld, Jungsozialist



wurde nahezu präzise vorausgesagt, wieviele Menschen 1988 studieren würden. Dennoch wurde seit 1982 (Beginn der Kohl-Regierung) der Bildungsetat von 4,5 Mrd. auf 3,5 Mrd. DM gekürzt. Sicher ist, daß diese Milliarde die Suppe auch nicht fett gemacht hätte.

Sicher ist jedoch ebenso, daß es niemals mehr Studenten gab als heute. So meldet die Zentralvergabeestelle von Studienplätzen beispielsweise 24.000 Bewerber im Fach Betriebswirtschaftslehre (BWL), obwohl nur 7000 Ausbildungsplätze da sind.



Die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Studenten haben sich in den letzten Jahren ständig verschlechtert. Dagegen protestierten in den vergangenen Wochen Zehntausende in der ganzen Bundesrepublik.

Pflegenotstand Pfleger wehren sich

Am 5. November 1988 gingen in München 10.000 und in Nürnberg 3000 Pflegekräfte auf die Straße, um endlich gegen die katastrophalen Zustände in den Kliniken zu demonstrieren.

Die Zeiten der „Opferwilligkeit und pflichttreuen Hingebung“ der „barmherzigen Schwestern im Krankendienst“ sind jetzt vorbei! Wir Jusos aus Nürnberg/Maxfeld setzen uns in Verbindung mit der ötv-Jugendgruppe des städtischen Klinikums Nürnberg. Auf einem Treffen informierte uns ein Pflegeschüler, was „Pflegenotstand“ in einer modernen Krankenfabrik bedeutet.

Dazu eines gleich mal vorweg: Die meisten Schwestern und Pfleger steigen drei bis vier Jahre nach der Ausbildung aus diesem Beruf wieder aus. Inzwischen gibt es kaum noch Jugendliche, die sich diese Ausbildung antun möchten, so daß die Pflegeschulklassen heute - wenn überhaupt - nur noch mit Mühe „gefüllt“ werden, indem z.B. im letzten Jahr Bewerber und Bewerberinnen von anderen Berufsgruppen zur Ausbildung zum Pfleger oder zur Schwester überredet wurden.

Miese Bezahlung

Die Gründe hierfür sind klar, z.B. die Ausbildungsvergütungen wurden vor drei Jahren um 20% gekürzt (geplant waren 40%). Eine ausgebildete Schwester erhält gerade 1570 DM netto. Dies entspricht in Großstädten wie München gerade der Monatsmiete für eine 4-Zimmer-Wohnung. Das bedeutet wiederum, daß viele Schwestern und Pfleger auf eine Wohnheimwohnung im Klinikghetto angewiesen sind.

Privatleben fällt sowieso flach, wenn ständig im wechselnden Schichtdienst gearbeitet werden muß und dann noch zusätzliche Schichten für kranke oder Überstunden abfeiernde Kolleginnen und Kollegen geleistet werden müssen (Ausfallquote:

in deiner „Freizeit“ meist überarbeitet und todmüde ins Bett. Freundeskreis und feste Beziehungen lösen sich auf und du gerätst in die völlige Vereinsamung; und das in einem Beruf, bei dem du ständig mit chronisch Kranken, lebensgefährlich Kranken, Sterbenden und deren Angehörigen zu tun hast!



Überarbeitung und Unterbezahlung: Immer weniger Pflegekräfte sind bereit, das hinzunehmen.

20-25%), was wieder zu Überstunden führt ...
Bei so einem Schichtdienst fällt du

Jedoch sind jetzt immer weniger Pflegekräfte bereit, dies hinzunehmen, was die Beteiligung an Protestaktionen und Demos beweist. Die Maxfelder Jusos werden mit einem Infostand und Flugblättern in der Öffentlichkeit auf die Ursachen des Pflegenotstandes aufmerksam machen und auf einer Diskussionsveranstaltung mit Jugendvertreterinnen und Jugendvertretern aus regionalen Klini-

ken über weitere Maßnahmen diskutieren und Anträge mit unseren Forderungen bei ötv und SPD formulieren.

Denn um wirksam gegen den Pflegenotstand anzukämpfen genügt es nicht, nur Planstellen und eine prozentuale Lohnerhöhung zu fordern, sondern:

- drastische tägliche Arbeitszeitverkürzung auf insgesamt höchstens 35 Stunden pro Woche;
- regelmäßiger Schichtdienst mit festgelegten Erholungszeiten;
- deutliche Sockellohnerhöhung für alle Beschäftigte (mind. 1500 netto);
- Schaffung von bundesweit 100.000 zusätzlichen Planstellen;
- kein Ersatz von ausgebildetem Pflegepersonal durch Schüler und Schüle-

rinnen, Hilfskräfte oder „Pflegesklaven“ aus Ostblockstaaten und der „3. Welt“;

- keine Rationalisierung zu Lasten von Pflegepersonal und Patienten;
- Gruppenpflege statt Pflege nach Funktionen;
- Mitentscheidungsrecht des Pflegepersonals bei Entscheidungen über das Wohl des Patienten;
- Schaffung und Kontrolle von Sicherheitsvorkehrungen;
- keinerlei Privatisierungen;
- Leitung der Kliniken von Vertretern der Beschäftigten, der Gewerkschaft und des Staates.

Andrea Pfeffer, Jungsozialistin
Gesamtjugendvertreterin
der Stadt Nürnberg

Juso-Aktion in Aachen

Politisches Wissen ist politische Macht

In Südafrika leben 4,8 Millionen Weiße und 27,8 Millionen Schwarze. Nur Weiße verfügen über politische Rechte und ein kleiner Teil von ihnen über das Kapital. Ein großer Faktor, der Unterdrückung und bitterste Armut der Schwarzen sichert, ist Analphabetismus. 86% der Menschen in Afrika können weder lesen noch schreiben!

Unter dem Motto „Politisches Wissen ist politische Macht“ starteten wir von der Juso-Schülergruppe aus in Aachen eine Kampagne gegen Apartheid. Zur JSG-Sitzung luden wir einen afrikanischen Genossen als Referenten ein, der uns über die Zustände in Südafrika informierte.

Aber dabei wollten wir es nicht belassen - wir wollten auch etwas tun, um die Lage der schwarzen Arbeiter und Jugendlichen zu verbessern. Auf den wöchentlichen Infoständen sammeln wir dann Spenden für das Arbeiterbildungsprojekt „SALEP“ (Southern African Labour Education Project).

Eine Podiumsdiskussion mit SPD, FDP, Grünen und CDU sollte der Höhepunkt der Kampagne werden. Obwohl die CDU leider absagte, wurde es

eine erfolgreiche Veranstaltung. Das Interesse der ca. 50 Leute im Publikum an einer Diskussion ging sogar so weit, daß der geplante Film nicht gezeigt werden konnte und auch die Fete ausfiel.

Sanktionen, Boykottmaßnahmen und Gewalt der verschiedenen Terrorgruppen waren Hauptthemen, über die geredet wurde. Obwohl es viele verschiedene Meinungen gab, waren sich alle darüber einig, daß der Kampf in Südafrika von allen politischen Gruppen und Organisationen gemeinsam geführt werden muß und daß ein gutorganisierter und konsequent geführter Boykott in Zusammenarbeit mit den Unternehmern unmöglich sei.

Am Ende der Veranstaltung wurde nochmal von allen Beteiligten kräftig gespendet. Insgesamt haben wir in nur wenigen Wochen ca. 650 DM für SALEP gesammelt. Dieses Endergebnis zeigt: Viele Menschen in der Bundesrepublik solidarisieren sich mit den südafrikanischen Arbeitern und Jugendlichen und versuchen, sie in ihrem Kampf zu unterstützen!

Kim Opgenoorth, Aachen
Juso-Schülergruppe

Mieterinitiative Stuttgart

„Wohnungen statt Prestigeobjekte!“

Bundesbauminister Schneider (CSU) deutete das Ergebnis der letzten Wohnungszählung so: „Das Angebot an Wohnungen in der BRD ist nicht gut, es ist nicht sehr gut - es ist ausgezeichnet.“

Davon ist aber in Stuttgart ebenso wenig zu spüren wie in anderen Städten. Über 4300 Notfälle sind beim Wohnungsamt gemeldet. Auf ein Inserat für eine durchschnittliche Mietwohnung melden sich über 300 Wohnungssuchende. Durch Zuwanderung, geburtenstarke Jahrgänge, höhere Lebenserwartung und mehr Kleinhaushalte fehlen zur Zeit mindestens 6000 Mietwohnungen. Trotz steigendem Bedarf an billigen Mietwohnungen hat das Land den sozialen Wohnungsbau nahezu eingestellt. Die Stadt Stuttgart hat die Haushaltsmittel für Wohnungsbau (55 Mio. DM im Jahr 1982) um mehr als 2/3 gekürzt.

Jedes Jahr verschwinden über 300 Wohnungen durch Abriß oder Zweckentfremdung. 1500 Mietwohnungen werden durch „Umwandlungsspekulation“ zu Eigentumswohnungen. Viele Mieter sind gezwungen, die Wohnung, in der sie leben, zu einem überhöhten Preis zu kaufen. Durch den Verlust von billigem Wohnraum geraten immer mehr Mieter sowie soziale und kulturelle Einrichtungen unter Druck. Ein Beispiel dafür ist die Neckarstraße in Stuttgart. Für eine sogenannte „Kulturmeile“ (Museen, Geschäfte, Hotels) will das Land Wohnraum für etwa 200 Menschen und mehrere Sozialeinrichtungen eineben. Von den Abrißplänen erfuhren die Bewohner nur aus der Presse.

Mieterinitiative

Um sich gegen den Abriß zu wehren, bildete sich, auf Anregung der Juso-AG Stuttgart-Mitte, eine Mieterinitiative. Mit mehreren Aktionen ist es

ihr gelungen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erreichen. Es gibt gute Möglichkeiten, den Kampf um die Häuser mit den Studentenprotesten zu verbinden. Studenten sind mit am stärksten von Wohnungsnot betroffen.

Erste Erfahrungen mit der Staatsgewalt machte ein Teil der Bewohner in

Neckarstraße zu kriminalisieren und einzuschüchtern, um Bewegungen gegen die Wohnungsnot im Keim zu ersticken.

Für SPD und Jusos muß die Wohnungsnot ein entscheidendes Thema im Kommunalwahlkampf sein. Es kommt darauf an, daß die SPD eindeutig auf der Seite der Mieter und Wohnungssuchenden steht. SPD-Frakturen dürfen keinem Haushalt zustimmen, in dem Unsummen für Luxusprojekte ausgegeben werden, aber nicht genügend Mittel, um die Wohnungsnot zu beseitigen. SPD-geführte Stadtverwaltungen müssen jede Möglichkeit nutzen, um Wohnungsspekulation zu verhindern. Das preistreibende Maklerwesen muß verboten



Hotel Ramada in Köln: Ob in Stuttgart, Köln oder Frankfurt, Wohnraum muß Prestigeobjekten wie Museen oder Hotels weichen.

der Silvesternacht. Aus einem nichtigen Anlaß (ein umgestürzter Blumenkübel im Wert von 500 DM) rückte die Polizei mit über 20 Fahrzeugen an und provozierte Auseinandersetzungen. Leute wurden zu Boden gerissen, getreten und mit Polizeiknüppeln geschlagen. Ein Streifenwagen raste direkt auf drei Leute zu und hielt erst knapp vor ihnen an. Diese Aktion ist ein erster Versuch, die Bewohner der

werden und Wohnraumspekulation darf nicht steuerlich begünstigt werden. Doch solange das Abdecken von Grundbedürfnissen wie Wohnraum dem privaten Markt überlassen wird, wird billiges, menschenwürdiges Wohnen für viele nur ein schöner Traum bleiben.

Detlef Jörns, SPD-Mitglied
und Jörg Winter,
Juso-AG Stuttgart-Mitte

Brief aus Zimbabwe

Schüler bitten um Hilfe

„Wir sind stolz, Euch Schülern, Studenten und Jugendlichen in Deutschland revolutionäre Grüße zu übersenden. Wir möchten direkte Verbindungen zu Euch aufnehmen.“

Zimbabwe hat die Unabhängigkeit 1980 auf der Grundlage eines sozialistischen Programmes erklämpft, aber der Kapitalismus besteht immer noch. Die schwarzen Minister in der Regierung, die sich sozialistisch nennen, sind die schwarzen Kapitalisten geworden.

Die Jugend leidet unter Massenarbeitslosigkeit. Jedes Jahr gibt es 300.000 Schulabgänger, während nur 10.000 Arbeitsplätze im Jahr geschaffen werden. Bis 1990 wird die Arbeitslosigkeit 1,2 Millionen in einer Nation von 8,5 Millionen Menschen betragen. Die Bauern hungern immer noch nach Land und die Arbeiter haben Niedriglöhne (150 Dollar pro Monat Mindestlohn) unter der Armutsgrenze. Mangel an Wohnraum und hohe Inflation verschärfen die Armut des Volkes. Bildung ist im Vergleich zu 1980-82 sehr teuer geworden. Zum Beispiel lag die Prüfungsgebühr für die acht Fächer des „O“-Level-Abschlusses (vergleichbar mit Mittlerer Reife - d. Red.) 1980-82 bei 25 Dollar, während sie heute, 1988, bei über 180 Dollar liegt.

Die Korruption von Ministern der Regierung hat große Ausmaße angenommen. Neulich, am 28.9.1988, gab es eine Demonstration von Schülern und Studenten gegen Korruption und gegen die Entwicklung des Landes zu einem Ein-Parteien-

Staat. Diese Demo wurde von spezieller Anti-Aufuhr-Polizei brutal unterdrückt, dabei wurden zwei Teilnehmer mit scharfer Munition erschossen und einer ist wahrscheinlich an den Folgen von Schlägen gestorben. Mehr als 450 wurden festgenommen und einige werden vor Gericht gestellt. Dies ist die Unterdrückung durch eine Regierung, die sich sozialistisch nennt.

Wir haben also eine Verteidigungskampagne gestartet, um diese Schüler und Studenten zu unterstützen. Wir bitten um finanzielle Unterstützung. Bis jetzt haben die britischen Jungsozialisten (LPYS) Briefe geschickt, in denen sie die Kampagne unterstützen und den Polizeieinsatz verurteilen. Wir sind daran interessiert, von Euch zu hören. Eure Unterstützung wird helfen, direkte Verbindungen mit Schülern, Studenten und Jugendlichen zwischen Deutschland und Zimbabwe aufzubauen. Der Kapitalismus hat weltweites Leiden der Menschen verursacht, und er muß international gestürzt werden. Vorwärts mit direkten Verbindungen! Vorwärts zum Sozialismus!“

Für weitere Informationen und Geldspenden könnt Ihr Euch an die Redaktion VORAN wenden (Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504).

Eine Kopie dieses Briefes wurde der Redaktion von den britischen Jusos (Labour Party Young Socialists) mit der Bitte um Veröffentlichung zugesandt.



Edgar Tekere, Kämpfer gegen die Korruption: Ein Vorbild für Jugendliche in Zimbabwe.

Perestroika in der Sowjetunion

Durch marktwirtschaft

Der Umbau der sowjetischen Wirtschaft - Perestroika - ist eines der Markenzeichen des Gorbatschow-Kurses. Marktwirtschaftliche Elemente sollen eingeführt, gemeinsame Unternehmen mit westlichen Kapitaleignern („joint ventures“) aufgebaut, das Genossenschaftswesen in der Landwirtschaft soll gefördert werden.

Dabei nimmt die sowjetische Führung unter Gorbatschow immer wieder Bezug auf die sogenannte „Neue Ökonomische Politik“ (NÖP) Lenins, die 1921/22 einen Kurswechsel in der damaligen Wirtschaftspolitik markierte und durch die ebenfalls im großen Umfang kapitalistische Elemente zugelassen wurden.

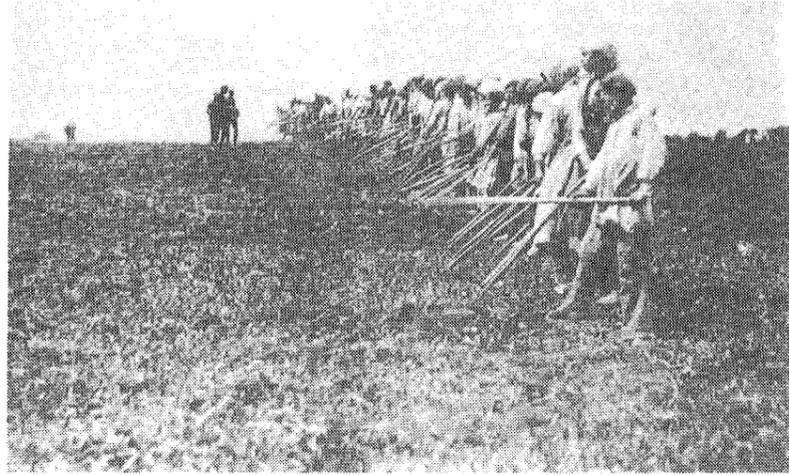
Laut Gorbatschow bedeutet Perestroika, auch in der Wirtschaftspolitik die stalinistischen Entartungen und Verkrüstungen aufzubrechen und wieder zur leninschen Politik zurückzukehren. Doch ist die Einführung kapitalistischer Elemente tatsächlich die angemessene Antwort auf die wirtschaftlichen Probleme in der Sowjetunion? Bietet die Neue Ökonomische Politik Lenins Lösungsansätze für die heutige Situation?

Um Sinn und Bedeutung der NÖP richtig zu erfassen, muß man zunächst die Lage des Landes Anfang der 20er Jahre näher beleuchten.

Mit der Oktoberrevolution von 1917 hatte die Arbeiterklasse in einem rückständigen Land gesiegt; die Kette des Imperialismus war an ihrem schwächsten Glied gebrochen - nicht in einem entwickelten kapitalistischen Land, wo der Entwicklungsstand der Produktivkräfte wesentlich bessere Möglichkeiten zum Aufbau des Sozialismus geboten hätte. Die Führung der Bolschewiki unter Lenin sah sich also der Aufgabe gegenüber, den ersten Arbeiterstaat der Geschichte in einem Land zu festigen,

in dem die Arbeiterklasse sich in der Minderheit befand (ca. 10% der Bevölkerung) und die große Mehrheit der Bevölkerung kleine und mittlere Bauern waren. Die Zahl der Bauernwirtschaften hatte sich durch die Errungenschaften der Revolution selbst noch einmal erhöht, weil der Großgrundbesitz enteignet und an Landlose und kleine Bauern verteilt worden war.

Hinzu kamen die Verwüstungen des ersten Weltkrieges und des anschließenden Bürgerkrieges, als der junge Arbeiterstaat die Invasion von 21 imperialistischen Armeen zurückschlagen mußte. Am Ende der insgesamt sieben Kriegsjahre standen Landwirtschaft



Stalins Zwangskollektivierung der Landwirtschaft Ende der 20er Jahre führte zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Land.

und Industrie nahezu vor dem Ruin. Die Kräfte waren völlig erschöpft. Zusätzlich verschärfte sich die Hungersnöte durch eine schwere Mißernte.

Neue Ökonomische Politik

Die Sowjetmacht befand sich damit auch politisch in einer sehr gefährlichen Lage:

- Sie blieb isoliert in einem rückständigen Land, weil die revolutionären Bewegungen in Westeuropa durch das Versagen der sozialdemokratischen Führungen eine Niederlage nach der

anderen erlitten. Die Bolschewiki hatten aber ihre politischen Perspektiven immer auf den Sieg der Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern ausgerichtet, von wo aus dann Hilfe für den Aufbau der Sowjetwirtschaft

kommen würde (die Idee, den „Mus in einem Land“, noch da, wenn so rückständigen wie Rußland aufbauen zu können, war eine Erfindung Stalins).

- Die politische Grundlage der Oktoberrevolution, nämlich das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Masse der Kleinbauern, drohte an der tiefen Krise der bäuerlichen Wirtschaft zu zerbrechen.

- Die Arbeiterklasse selbst war durch die sieben Kriegsjahre zahlenmäßig stark geschwächt und geistig durch Kleinhandel und Tauschhandel das Notwendigste für den täglichen Nahrungsbedarf zusammenzubringen. Die Arbeiterklasse befand sich nicht im Zustand der Auflösung, wie in einem Staat, dessen Grundmacht eben dieser Klasse sei.

Vor diesem Hintergrund war die wirtschaftliche Maßnahme der Wiederherstellung der Industrie der Arbeiterschaft als Klasse, die Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft nötig. Man mußte vor den „Kriegskommunismus“ übergehen.

Der „Kriegskommunismus“

Moskauer Geschichtsschreibung: Neue Lügen unter dem Deckmantel „Vergangenheitsbewältigung“

Nach dem Tod Lenins war die Frage des weiteren wirtschaftspolitischen Kurses Gegenstand heftiger parteiinterner Auseinandersetzungen. (Damals gab es diese noch, bevor dann unter Stalins Alleinherrschaft die Grabesruhe einkehrte.)

Im Zeichen von „Glasnost“ kristallisiert sich bei der heutigen sowjetischen Geschichtsforschung folgende These dazu heraus: Mit den Zwangskollektivierungen ab Ende der 20er Jahre übernahm Stalin die falsche, „trozistische“ Linie. Demgegenüber wäre die Fortsetzung der NÖP, also die Bucharinsche Linie, korrekt gewesen. (Nicht zufällig wurde Bucharin ja auch bereits politisch rehabilitiert.) Doch wie verliefen die Auseinandersetzungen damals tatsächlich?

Lenin hatte die weitere wirtschaftliche Entwicklung nach Einführung der NÖP (siehe nebenstehenden Artikel) etwa so skizziert: mit den Goldreserven Lebensmittel im Ausland kaufen; die Ernährungslage dadurch verbessern; die Landwirtschaft ankurbeln, um Selbstversorgung und Kleinproduktion zu gewährleisten; die Industrie wieder in Gang zu setzen mit dem Ziel, die Großproduktion wieder aufzunehmen und Industriegüter an die Bauern im Austausch für landwirtschaftliche Produkte liefern zu können; Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Parzellenwirtschaft in Genossenschaften - als Vorstufe zu Kollektiven -, sobald die Industrie das dazu nötige Inventar (Maschinen usw.) liefern kann; schließlich Übergang zu den eigentlichen sozialistischen Maßnahmen wie planvoller Ausbau der Industrie und Aufbau von Kollektiven in der Landwirtschaft, sobald die industrielle Großproduktion wiederhergestellt ist.

Linke Opposition

Die Maßnahmen der NÖP brachten vor allem in der Landwirtschaft eine rasche Verbesserung der Lage. Daher befürwortete ein Teil der Partei um Trotzki (die spätere „Linke Opposition“) die stärkere staatliche Förderung der Industrie und schlug auch schon 1923 erstmalig die Aufstellung eines mehrjährigen Planes vor. Sie forderten, Zug um Zug die NÖP-Maßnahmen entsprechend dem Entwicklungsstand der Industrie zurückzudrängen.

Im Wirtschaftsjahr 1926/27 war der Stand der Vorkriegsproduktion wieder erreicht. Spätestens da war Sinn

und Zweck der NÖP erfüllt, wäre ein Übergang zu einer anderen Wirtschaftspolitik erforderlich gewesen. Die Linke Opposition forderte u.a. die Einführung staatlicher Muster-Kollektive als beispielhafte Vorbilder in der Landwirtschaft und die schrittweise Kollektivierung auf freiwilliger Grundlage.

Stalin/Bucharin-Block

Doch die herrschende Fraktion um Stalin sowie Bucharin (zentrale Figur der sogenannten „Rechten Opposition“) wies dies entschieden zurück. Sie traten im Gegenteil für eine weitere Ausdehnung der NÖP-Maßnahmen ein, wie z.B. Aufweichung des staatlichen Außenhandelsmonopols, Entnationalisierung des Grund und Bodens, Verpachtung an Private auf Lebenszeit. Ihre Strategie drückt sich kurz und bündig in dem Ausruf Bucharins an die Bauern aus: „Bereichert Euch!“

Die Forderungen der Linken Opposition nach schnellerem Wachstumstempo in der Industrie wurde von Stalin/Bucharin als „Unterschätzung der Bauernschaft“ und „Überindustrialisierung“ zurückgewiesen. Die Parole hieß vielmehr: „Aufbau des Sozialismus im Schneckentempo“.

Trotzki und die Linke Opposition warnten vor den Gefahren, die in einer unbeschränkten Fortsetzung und Ausweitung des NÖP-Kurses lagen: Die zunehmende soziale Differenzierung auf dem Land, die Stärkung der reichen Bauern (Kulaken), die Kontrolle des Handelsverkehrs durch Private und Spekulation (die sog. „NÖP-Männer“), kurz - die Herausbildung einer ökonomisch starken sozialen Klasse, die den Arbeiterstaat auch politisch bedrohen konnte. Auch Lenin

hatte die Gefahr des Wiedererstarkens einer Bourgeoisie von Anfang an gesehen. Doch der herrschende Block Stalin/Bucharin schlug alle Warnungen in den Wind und bestritt sogar die Existenz der Kulaken (reichen Bauern), die als „Phantasiegebilde der Opposition“ bezeichnet wurden.

Kehrtwende

Aber als im Jahr 1928 durch Lebensmittelknappheit das Land erneut vor einer Hungersnot stand, stellte sich heraus, daß Lebensmittelvorräte und Handel zum großen Teil unter der Kontrolle von Kulaken und NÖP-Leuten standen, die wegen niedriger staatlicher Abnahmepreise einen Lebensmittelboykott organisiert hatten.

Unter dem Eindruck dieser Wirtschaftskrise des Jahres 1928 vollzog Stalin panikartig eine Kehrtwende. „Liquidierung der Kulaken als Klasse“ und Zwangskollektivierungen waren angesagt, die auf dem Höhepunkt Anfang der 30er Jahre sämtliches Hab und Gut der bäuerlichen Haushalte umfaßten und zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Land führten.

Die Linke Opposition (inzwischen längst aus der Partei ausgeschlossen) protestierte energisch gegen diese katastrophale Politik. Sie war für einen allmählichen, freiwilligen Ausbau der Kollektive über einen Zeitraum von 10-15 Jahren eingetreten, entsprechend den Möglichkeiten der Industrie, Maschinen für den landwirtschaftlichen Großanbau zu liefern. Stalin zog jedoch mit militärischen Mitteln eine schlagartige, brutale Zwangskollektivierung durch, vielfach auf der Basis des Holzpfluges. Unter den verheerenden Folgen hatte die sowjetische Landwirtschaft jahrzehntelang zu leiden.

Die Wurzeln dieser abenteuerlichen Politik lagen in den Fehlern des vorhergehenden wirtschaftlichen Kurses, der vor allem mit dem Namen Bucharin verbunden war. Die neue Moskauer Geschichtsauffassung stellt daher eine Verdrehung der Tatsachen dar. Unter dem Deckmantel der Vergangenheitsbewältigung wird eine neue historische Lüge aufbereitet.



Eine Zusammenfassung der Lenin-Texte zur NÖP kann über die Redaktion bezogen werden.

che Elemente

allem darin, daß die Bauern ihre schüsse unentgeltlich abliefern und der Staat direkte Verteiler der Lebensmittel und Güter vor, auf der Grundlage der verallgemeinerten Not (insofern hatte das ganze „belagerten Festung“, diktiert von Zwängen des Bürgerkrieges. t dem Übergang zur „Neuen Ökologischen Politik“ ab Frühjahr 1921 e die Ablieferungspflicht der Bauaufgehoben. Lediglich eine sogete „Naturalsteuer“ wurde auf eideinen Teil der landwirtschaftliÜberschüsse erhoben. Durch die erzulassung von freiem Handel e Bauern und Kleinproduzenten e der Markt in beträchtlichem ng wiederhergestellt. Staatliche triebetriebe wurden zum Teil an tkapitalisten verpachtet. Ausläne Kapitalisten erhielten einige essionen zur Ausbeutung von toffvorkommen.

achen und Ziele der NÖP
in begründete die NÖP in zahlrei- Artikeln und Reden des Jahres mit:
n Ausbleiben bzw. der Verzöge- der internationalen Revolution, ter Isolation des ersten Arbeiter-

Welt. Die Arbeiterklasse ist keine Minderheit in der sowjetischen Gesellschaft mehr. 2/3 der Bevölkerung leben in Städten; knapp 70% zählen zur Arbeiterklasse. Es ist die zahlenmäßig größte und wohl auch die gebildetste Arbeiterklasse der Welt. Über 30% aller Arbeiter haben mittleren oder höheren Schulabschluß. Unter den jungen Arbeitern bis 30 Jahre sind es sogar über 50%.

Es kann überhaupt keine Rede davon sein, daß heute die Notwendigkeit besteht, kapitalistische Elemente einzuführen, um die Grundlagen für den Aufbau der Großindustrie und einer starken Arbeiterklasse, und damit die Grundlagen für einen Übergang zum Sozialismus zu schaffen. Diese Grundlagen, die materiellen Voraussetzungen für eine sozialistische Entwicklung, sind in der UdSSR längst vorhanden.

Man könnte einwenden, daß es ja auch heute eine Krise in der Landwirtschaft gibt und die Versorgung der Bevölkerung alles andere als zufriedenstellend ist. Wäre deshalb vielleicht doch ein Rückgriff auf kapitalistische Marktelemente nötig?

Aber wo liegen die Ursachen für Wirtschaftskrise und schlechte Versorgungslage heute? Etwa darin, daß die Groß- und Schwerindustrie am Boden liegt und kaum industrielle Erzeugnisse geliefert werden können, wie dies zu

der Arbeiter ausgetragen. Sowjetischen Arbeitern muß es zusätzlich wie-Hohn vorkommen, wenn ihnen dies auch noch als „Vervollkommnung des Sozialismus“ und Rückkehr zu Leninschen Prinzipien“ verkauft wird.

Kombination von Übeln

Die marktwirtschaftlichen Vorschläge und Maßnahmen im Rahmen der Perestroika sind nicht neu. Sie wurden einzeln oder in Kombination schon allesamt in anderen Ostblockstaaten „ausprobiert“ - in Ungarn, in Polen, am weitestgehenden in Jugoslawien. Doch sind sie weit davon entfernt, etwa die Vorzüge von Marktwirtschaft und Planwirtschaft miteinander zu verbinden, zu einer Art sozialistischer Marktwirtschaft oder marktwirtschaftlichem Sozialismus.

Mit der Einführung kapitalistischer Elemente wurden auch die Übel des Kapitalismus wieder importiert: Arbeitslosigkeit, Inflation sowie hohe Außenverschuldung. Gleichzeitig blieb jedoch die Monopolstellung der Partei, die zentrale Entscheidungsrolle der Bürokratie bestehen. (In Polen wird sie sogar direkt militärisch verteidigt.) Was man kombinierte, waren die Übel einer bürokratischen Befehlswirtschaft mit den Übeln der kapitalistischen Anarchie - vom Ergebnis kann man sich zur Zeit in

politisch entrechtet und entmündigt. Mit der privilegierten Bürokratie hat eine Elite die Macht an sich gerissen, die sie bis heute innehat.

Systemfrage

Mit der Verurteilung Stalins ist die Sache nicht erledigt. Stalin war nur der oberste Repräsentant einer ganzen herrschenden Kaste, die nach Millionen zählte und heute noch zählt. Auch mit (inzwischen auch fast rituellen) Verurteilung der Breschnew-Ära als „Stagnationszeit“ ist es nicht getan. Schon gar nicht, wenn dies Bürokraten tun, die während dieser Zeit den Apparat mitgetragen haben und führende Positionen innehatten, einschließlich Gorbatschow selbst.

Die Bürokratie entspringt auch nicht dem bürokratischen Fehlverhalten einzelner, der administrativen Engstirnigkeit, wie dies die heutige sowjetische Führung nahelegt, wenn sie davon spricht, den „Bürokratismus zu bekämpfen“. Es ist eine Systemfrage, eine Machtfrage.

- die Begrenzung ihres Einkommens auf einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn;
- die Ablösung des stehenden Heeres durch Volksbewaffnung unter Kontrolle der Arbeiterklasse;

- die allmähliche Einarbeitung aller in Verwaltungs- und staatliche Funktionen und Rotation der Ämter. Oder wie Lenin sich ausdrückte: „Jede Köchin muß Ministerpräsident werden können.“

Die Umsetzung dieser Forderungen würde wirkliche demokratische Kontrolle in allen gesellschaftlichen Bereichen und das Ende der Herrschaft der Bürokratie bedeuten. Spätestens heute, Jahrzehnte nach der Oktoberrevolution, wo auf abschbare Zeit keine Gefahr der Wiederherstellung des Kapitalismus besteht, ist eine weitere Forderung unabdingbar: das Recht auf freie Meinungsäußerung aller Parteien.

Noch kein Sozialismus

Die Sowjetunion ist zwar ein Arbeiterstaat - in dem Sinne, daß Kapital und Grundbesitz enteignet sind und der Staat auf gesellschaftlichen Eigentumsverhältnisse basiert. Aber sie ist keine sozialistische Gesellschaft.

Sozialismus ist eine Gesellschaftsform, die am höchstentwickelten Kapitalismus anknüpft; in der dank hohem Entwicklungsstand der Produktivkräfte genügend Güter hergestellt werden können, um die Masse der Bevölkerung vom täglichen Existenzkampf und materiellen Sorgen zu befreien. Arbeitszeitverkürzung entsprechend dem Fortschritt der Produktivität und Einarbeitung aller in verwaltende Funktionen würden einen Übergang in gesellschaftliche Selbstverwaltung ermöglichen. Staatliche Unterdrückungsfunktionen könnten sofort absterben, wenn es keine Privilegien und Machteliten mehr zu verteidigen gibt; staatliche Verwaltungsfunktionen allmählich auf die Gesellschaft übergehen. Dies wäre eine sozialistische Gesellschaft, in der sich die individuellen Fähigkeiten und die menschliche Persönlichkeit allseitig entwickeln könnten.

Geringere Produktivität als im Kapitalismus, Mißwirtschaft, Privilegien, Korruption, Unterversorgung, Schlangen vor Lebensmittelläden, Alkoholmißbrauch, ein monströser Staatsapparat, der keine Anstalten macht, abzusterben - das ist eine bössartige Karrikatur auf den Sozialismus, wie sie sich

Sozialismus?

25;
- allgemeinen Ermattung durch Krieg und der Krise der Landwirtschaft;
- Gefährdung des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft;
- Schwächung der Großindustrie damit der Deklassierung großer der Arbeiterschaft.
- der NÖP sollte laut Lenin sein, noch einmal an den Wiederaufbau Großindustrie zu machen“. Dazu nötig, „alle Kraft und Mühe aufwenden, um den bäuerlichen Klein- b zu verbessern. Ihm Textilien, hinen und andere Erzeugnisse der industrie zu liefern - diese Aufgarmochten wir nicht zu lösen, aber uß sofort gelöst werden, und zwar sie gelöst werden mit Hilfe der industrie. ... Es ist also notwendig, wissem Maße zur Wiederhersteller Kleinindustrie beizutragen, die e Maschinen erfordert, die weder iche noch große Vorräte an Roh- rial, Brennstoff und Lebensmitteln fert, die der bäuerlichen Wirt- t sofort eine gewisse Hilfe zu lei- nd ihre Produktivkräfte zu heben ag. ... Wenn der Staat nicht große smittelvorräte in seinen Händen ntriert, kann von einem Wieder- u der Großindustrie keine Rede Vor allem deshalb führen wir denn diese Politik durch, die unsere Er- mungsverhältnisse ändert. Wir füh- e durch, damit wir einen Fonds für Wiederaufbau der Großindustrie nmen, damit die Arbeiterklasse llen Betriebsstockungen bewahrt ... dann werden von der Bauern- kerung die Produkte nicht in einer Steuer, sondern im Aus- a gegen Industriizerzeugnisse be- werden, die ihr die Arbeiterklasse 1 wird. ... Das größte Übel bestand die ununterbrochene Produk- rbeit in den größten Betrieben zu n, die uns in geringer Zahl verblie- are. Das ist das Ausschlaggebene diese ökonomische Basis kann ne feste politische Macht der Ar- klasse geben.“

Heutige Lage nicht vergleichbar

on dieser kurze Überblick über amalige Situation, die Ursachen iele der NÖP macht deutlich, daß igitige Lage der Sowjetunion damit ner, aber auch gar keiner Weise ichtbar ist.
Sowjetunion ist heute ein moder- industriestaat, die zweitgrößte chafts- und Militärmacht der

Zeiten der NÖP der Fall war? Wohl kaum! In der Sowjetunion werden heute über eine Million verschiedener Industrieerzeugnisse gefertigt. In vielen Branchen der Grundstoff- und Schwerindustrie (z.B. Öl, Zement, Stahl, u.a.) nimmt die Sowjetunion den ersten Platz unter den Industrienationen ein.

Wenn Versorgungslage, Qualität der Produkte und Produktivität der Arbeit trotzdem mangelhaft sind, so liegt dies einzig und allein an der Unfähigkeit der Bürokratie, deren Existenz eine ungeheure Fessel für die Weiterentwicklung der Wirtschaft darstellt. Es ist unmöglich, einhunderttausend Industriebetriebe, von denen viele über 100.000 Menschen beschäftigen, einhunderttausend Baustellen, die zeitweise bis zu 300.000 Menschen beschäftigen, durch die Kontrolle von Bürokraten an der Spitze zu betreiben. Eine Kommando-Wirtschaft, in der die Entscheidungen durch Befehlsgewalt von Bürokratien (seien sie zentral oder dezentral) getroffen werden, muß zwangsläufig in Fehlplanungen, Mißwirtschaft und Korruption münden.

Keine Kontrolle

Im Kapitalismus übt der Markt eine gewisse Kontrolle über die Effektivität der Produktion aus (wenn auch z.T. durch die Monopole eingeschränkt): Mangelnde Produktivität, Mißmanagement und Fehlplanungen führen letztendlich zum Konkurs einer Firma. Dies ist natürlich eine sehr verschwenderische Art der Kontrolle: Unternehmen werden geschlossen, Maschinen stehen still, Menschen werden arbeitslos.

In der Planwirtschaft, wo der Staat gewissermaßen ein großes Unternehmen ist, gibt es diese Art der Kontrolle nicht. Die einzig mögliche Kontrolle über die Effizienz der Produktion kann hier nur von den Produzenten selbst ausgehen, indem nämlich die Arbeiter demokratisch die Wirtschaftsabläufe kontrollieren. Planwirtschaft braucht Demokratie wie der Mensch den Sauerstoff - diese (ursprünglich von Trotzki geprägte) Aussage führt jetzt auch Gorbatschow häufig an.

Doch tatsächlich orientiert sich die heutige Führung der UdSSR an marktwirtschaftlichen Kontrollmechanismen des Westens. Schließung von Firmen, Zulassung von Arbeitslosigkeit (manche sowjetische Wirtschaftswissenschaftler halten bis zu 16 Mio. Arbeitslose für „vertretbar“), Streichung von Subventionen und Preissteigerungen - auf diese Weise wird auch im Westen die Wirtschaftskrise auf dem Rücken

Jugoslawien am anschaulichsten ein Bild machen, das am Rande des wirtschaftlichen Abgrundes steht.

Für einen Arbeiterstaat in einem rückständigen Land, wie er zu Zeiten Lenins bestand, mit halbfeudalen Verhältnissen und schwach entwickelter Industrie, war die Zulassung kapitali-



... doch auch die Zulassung privater Unternehmer - hier ein privater Lebensmittelmarkt in Moskau - hat die Versorgungslage in der Sowjetunion nicht entscheidend verbessert.

stischer Elemente ein Schritt nach vorn, ein Schritt zur Wiederherstellung der Großindustrie. Lenin wollte die Maßnahmen der NÖP auch ausdrücklich auf diesen Zeitraum begrenzt wissen. Für einen Arbeiterstaat in einem modernen entwickelten Land, wie der Sowjetunion heute, wo die Großindustrie längst die vorherrschende Produktionsform ist, bedeutet die Einführung kapitalistischer Elemente ein Schritt zurück.

Ein Arbeiterstaat, der sich in Richtung Sozialismus bewegen will, braucht Demokratie und Arbeiterkontrolle der Industrie, des Staates und des wirtschaftlichen Plans. Der Entwicklungsstand der Großindustrie, Kultur, Bildungsniveau und zahlenmäßige Stärke der Arbeiterklasse, der natürliche Reichtum der UdSSR - wenn all das in wissenschaftlicher und geplanter Weise bei demokratischer gesellschaftlicher Kontrolle genutzt worden wäre: Die Sowjetunion hätte die entwickeltesten kapitalistischen Länder heute schon überholt.

Die materiellen Voraussetzungen des Sozialismus sind in der Sowjetunion gegeben. Nicht jedoch die politischen. Die Arbeiterklasse wurde in der Stalin-Ära



Durch Glasnost und Perestroika versucht Gorbatschow die Bevölkerung zu beruhigen ...

An den Strukturen hat sich seit den Zeiten Stalins und Breschnews wenig geändert - nur daß der Wille der Parteiführung dank der gewachsenen Stärke der Arbeiterklasse nicht mehr mit brutalen Unterdrückungsmethoden und Massenmord wie unter Stalin durchgesetzt werden kann.

Bedingungen Lenins

Volle Arbeiterdemokratie kann nicht von oben herab, durch etwas „Glasnost“, gewährt werden. Es bedarf einer vollständigen Umwälzung aller politischen Strukturen, des gesamten gesellschaftlichen Überbaus.
Das kann nicht das Werk der Bürokratie unter einem „aufgeklärten“ Chef namens Gorbatschow sein. Noch nie in der Geschichte hat eine herrschende Elite sich selbst weggeräumt. Das kann nur das Werk der sowjetischen Arbeiterklasse selbst sein.

Hier wäre eine Rückbesinnung auf Lenin durchaus angebracht. Denn die von ihm aufgestellten Bedingungen für den Aufbau einer Arbeiterdemokratie sind bis heute nicht erfüllt:
- die Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionäre;

seine Feinde kaum schlimmer hätten ausdenken können.

Industrielle Großproduktion, eine starke und gebildete Arbeiterklasse, Gemeineigentum an Produktionsmitteln und Planwirtschaft - all die sozialen Voraussetzungen zum Aufbau des Sozialismus sind in der UdSSR vorhanden. Wenn die Bürokratie beseitigt ist und mit einer echten Arbeiterdemokratie auch die politischen Voraussetzungen geschaffen sind, dann kann die Planwirtschaft all ihre Vorzüge erst voll entfalten, indem sie im Interesse der Masse der Bevölkerung - unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten - sinnvoll gelenkt und demokratisch kontrolliert wird. Erst dann kann von einer sozialistischen Demokratie die Rede sein, wie es sich viele in Ost und West erhoffen, die an den Gorbatschow-Kurs große Erwartungen - und leider auch Illusionen knüpfen.

Ein solcher „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ kann nicht von oben „eingeführt“ werden, sondern nur von der sowjetischen Arbeiterklasse erkämpft werden.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Jugoslawien Auf dem Weg ins Chaos

1988 war ein katastrophales Jahr für die jugoslawischen Arbeiter. 1,3 Millionen waren arbeitslos. Die Inflationsrate kletterte auf die neue Rekordmarke von 251%! Eine riesige Streikwelle überrollte das Land. Bis Mitte 1988 hatten sich bereits über 100.000 Arbeiter an Streiks beteiligt. Dazu immer wieder Massendemonstrationen mit insgesamt über drei Millionen Teilnehmern, eine unfähige und gesplante Regierung und Putschgerüchte aus der Armee.

Es scheint, Jugoslawien befindet sich auf dem Weg ins Chaos. Dabei war es einmal die Hoffnung vieler Linken.

Im Frühjahr 1941 fiel Mussolini und kurz darauf Hitler in Jugoslawien ein und eroberten das ganze Land in wenigen Tagen. Die Kommunistische Partei Jugoslawiens (KPJ) war die einzige Kraft, die in ganz Jugoslawien den Widerstand organisierte. Während des Partisanenkrieges blieben die Partisanen unter Führung Titos ohne jede ausländische Hilfe. Ganz auf sich allein gestellt mußten Waffen, Munition, Medikamente hauptsächlich vom Feind erobert werden. Der Partisanenkrieg war äußerst grausam, denn die deutschen Besatzer handelten nach der Devise: Für jeden er-

goslawien und Bulgarien in einer Staatenföderation zusammenzufassen. Stalin verlangte von der KPJ, nichts ohne seine Einwilligung zu tun. Da sich Tito und die Führung der KPJ dem widersetzen, war der Bruch mit Stalin unvermeidlich.

Wirtschaftsblockade

Im Jahr 1948 wurden die sowjetischen Militär- und Wirtschaftsberater aus Jugoslawien abgezogen. Die KPJ wurde aus der Kominform (Informationsbüro der stalinistischen Parteien in Osteuropa) ausgeschlossen und Moskau verhängte eine Wirtschafts-



Der serbische Parteichef Milosevic versucht, seine eigene Machtposition zu stärken und die autonomen Provinzen Kosovo und Wojwodina unter direkte serbische Kontrolle zu bringen.

schossenen Deutschen werden 100 Serben hingerichtet. Die Folge waren unvorstellbare Massaker an der jugoslawischen Bevölkerung. An einzelnen Tagen wurden tausende Serben erschossen. Dennoch siegte die Partisanenarmee. In ihr kämpften Angehörige der verschiedenen Nationalitäten Jugoslawiens gemeinsam gegen die deutschen Besatzer.

Enteignung

Stalin hatte der KPJ zu Beginn des Partisanenkrieges u.a. mitgeteilt: „Bedenkt, daß es sich bei der jetzigen Etappe um die Befreiung von der faschistischen Unterjochung handelt und nicht um eine sozialistische Revolution ...“ Aber die Partisanen unter Führung der KPJ bauten in den befreiten Gebieten eine neue Verwaltung auf. Der Grundbesitz und die Fabriken von Kollaborateuren wurden konfisziert. Anders hätte man die Versorgung der Bevölkerung und der Partisanenarmee auch nicht sicherstellen können. So wurde der Grundstein für die komplette Enteignung der Fabriken und des Großgrundbesitzes nach dem Krieg gelegt.

In Jugoslawien gelang es der Partisanenbewegung mit Tito an der Spitze die Nazi-Truppen zu besiegen. Daher rührt auch das hohe Ansehen Titos in der jugoslawischen Bevölkerung. Noch heute hängen z.B. in den Cafés und in Gaststätten Bilder von Tito. Bei Demonstrationen werden oft Titobilder von den Arbeitern mitgetragen. Tito und die jugoslawische KP-Führung hatten nach dem Krieg eine Massenbasis in der jugoslawischen Bevölkerung.

Sie nutzten diese Position, um selbstbewußt gegenüber Stalin aufzutreten. Stalin sah darin eine ernsthafte Bedrohung seines Abkommens mit den imperialistischen Mächten, das er auf Jalta unterzeichnet hatte. Hierin war vereinbart worden, daß Jugoslawien im Einfluß des kapitalistischen Lagers verbleiben sollte. Der Konflikt zwischen Stalin und Tito entzündete sich schließlich an Plänen Titos, Ju-

blockade über Jugoslawien. Gleichzeitig begann in der sowjetischen Presse eine Hetzkampagne gegen die Führer der KPJ. Sie wurden als Verräter und gar als Faschisten beschimpft. In einem Beschluß der Kominform aus dem November 1949 heißt es u.a.: „Die ‚Kommunistische Partei Jugoslawiens‘ ist in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung in die Hände von Volksfeinden, Mördern und Spionen geraten und hat somit das Recht verloren, sich kommunistische Partei zu nennen, und ist nur ein Apparat, der die Spionageaufträge der Clique Tito-Kardelj-Rankovic-Djilas ausführt.“

Tito wandte sich in dieser Situation an den Westen und erhielt Militär- und Wirtschaftshilfe von den USA. Nach Stalins Tod 1953 entspannte sich die Lage zwischen Jugoslawien und der Sowjetunion.

Tito hatte zwar mit Stalin gebrochen, aber nicht mit den Methoden des Stalinismus. In den dreißiger Jahren, zur Zeit der großen Säuberungen, hielt sich Tito mehrmals im Auftrag der Komintern in Moskau auf. Während viele führende Mitglieder anderer KP's dem Terror Stalins zum Opfer fielen, wurde Tito in Moskau zum Organisationssekretär und später zum Generalsekretär der KPJ gewählt. 1940 säuberte er selbst die KPJ von seinen Gegnern. Nach Kriegsende belohnten sich die Führer der KPJ mit Privatvillen. Ein eigenes Versorgungswesen wurde geschaffen, um die Angehörigen der Bürokratie mit den Dingen zu versorgen, die das Leben angenehm machen, in Jugoslawien aber schwer zu beschaffen waren. Eine Arbeiterdemokratie wie in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution in der Sowjetunion hat es in Jugoslawien nie gegeben.

„Arbeiterselbstverwaltung“

Durch die Wirtschaftsblockade der Sowjetunion verschlechterte sich zunächst die wirtschaftliche Lage in Jugoslawien. Die Bauern protestierten gegen die Kollektivierungsmaßnahmen und unter den Arbeitern nahm

Jugoslawien

Einwohner: 23,2 Mio. (1986)
Arbeitslosigkeit: 1,2 Mio., 18% (1987)
Auslandsverschuldung: rund 21 Mrd. US-Dollar

Jugoslawien ist gegliedert in sechs Teilprovinzen und zwei autonome Provinzen innerhalb Serbiens. Die Bevölkerung setzt sich zusammen aus 36,3% Serben, 19,7% Kroaten, 6% Mazedoniern, 2,6% Montenegrinern, 7,8% Slowenen, 8,9% Muslimen, 7,7% Albanern sowie fast 20 weiteren Nationalitäten. Die Bevölkerung der einzelnen Republiken und Provinzen setzt sich ebenfalls aus den verschiedenen Nationalitäten in unterschiedlichen Anteilen zusammen.

die Unruhe wegen der schlechten Versorgungslage zu. Tito entschloß sich daraufhin zu einer Dezentralisierung der Wirtschaft. Die Betriebe sollten weitgehend selbständig ihre Produktion und den Warenaustausch untereinander regeln. Sie bekamen das Recht, über Investitionen, Löhne, Importe und Exporte in gewissen Grenzen selbst zu entscheiden. Die Arbeiter haben zwar formal das Recht, die Leitung der Fabrik zu wählen, aber in der Praxis hat dennoch die Bürokratie das letzte Wort.

Anfangs entwickelte sich die Wirtschaft Jugoslawiens sehr schnell. In dem Maße, wie die Wirtschaft an Komplexität zunahm, wurde jedoch die Bürokratie immer mehr zu einer Bremse für die Entwicklung der Produktivkräfte. Mit den Elementen der Marktwirtschaft (u.a. Konkurrenz zwischen den Betrieben) handelte man

neute Auseinandersetzungen zwischen Albanern und Serben zu beenden. Nach Zeitungsberichten haben Serben und Albaner begonnen, bewaffnete Gruppen zur Verteidigung gegeneinander zu bilden! Der derzeitige serbische Parteichef Milosevic versuchte diese Spannungen auszunutzen, um seine eigene Machtposition innerhalb Jugoslawiens zu stärken. Er will die autonomen Provinzen Kosovo und Wojwodina wieder dem direkten Einfluß Serbiens unterstellen. Seine Taktik besteht darin, die vorhandene Wut über die schlechte Wirtschaftslage in nationalistische Bahnen abzulenken. Er läßt Massendemonstrationen mit teilweise über 300.000 Teilnehmern organisieren, auf den Parolen wie „Tod den Albanern“, „Das Amselfeld (in Kosovo) ist unser“, oder „Gebt uns Waffen“ zu lesen sind und appelliert an den Nationalstolz der Serben. Auf diese Art hat er bereits im Oktober 1988 die KP-Führung der autonomen Provinz Kosovo zum Rücktritt gezwungen. Sie hatten sich anfänglich seinen großserbischen Plänen widersetzt.

Die Parteiführer in den verschiedenen Republiken versuchen von ihrer Verantwortung für die Wirtschaftsmisere abzulenken und den jeweils anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben. Im relativ wohlhabenden Slowenien heißt es dann, den Slowenen könnte es besser gehen, wenn sie nicht so viel an die ärmeren Republiken abgeben müßten. Im armen Kosovo fühlt man sich durch die Regierung der Republik Serbien unterdrückt. In Slowenien und im Kosovo werden Forderungen nach einem unabhängigen Staat laut, im Kosovo hört man sogar vereinzelt Forderungen nach einem Anschluß an Albanien.

Lenin hat einmal gesagt, die Nationale Frage sei eine Frage von Brot. In der ganzen Welt sind Auseinandersetzungen

stehen und die albanischen Arbeiter aus dem Kosovo kämen vom Regen in die Traufe. In Albanien ist die Unterdrückung der Arbeiter durch den Staat noch größer als in Jugoslawien.

Die Spannungen zwischen den Völkern Jugoslawiens haben ihre Ursache in der miserablen Wirtschaftsentwicklung. Die wiederum ist zurückzuführen auf die Existenz einer privilegierten Bürokratie, die keine demokratische Kontrolle der Wirtschaft durch die Arbeiter zuläßt. Eine neue Führung der jugoslawischen Arbeiterklasse müßte zunächst ihr Verständnis für die Autonomieforderungen der Slowenen bzw. Albaner ausdrücken. Ihre Hauptaufgabe wäre es aber, einen ein-



heitlichen Kampf aller jugoslawischen Arbeiter gegen die Bürokratie zu organisieren.

Viele Arbeiter haben erkannt, daß die Bürokratie der eigentliche Gegner ist. Im Januar 1989 forderten 30.000 Arbeiter auf einer Demonstration in Titograd den Rücktritt der Regierung Montenegros, da sie für die Krise der Wirtschaft verantwortlich sei. Bei einem Streik im Juni 1988 in dem Traktoren- und Maschinenkombinat in Maribor forderten die 5000 streikenden Arbeiter neben Lohnerhöhungen auch eine Senkung der hohen Steuern und Abgaben an die Zentral-



In Kosovo, der ärmsten Provinz Jugoslawiens, kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Albanern und Serben. In der Hauptstadt der Provinz wurde Militär gegen die Demonstranten eingesetzt.

sich gleichzeitig eine steigende Arbeitslosigkeit ein. Es gelang auch nicht, die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen dem vergleichsweise reichen Norden und dem unterentwickelten Süden zu mildern. Hier liegt auch die eigentliche Ursache für den wiederaufblühenden Streit zwischen den verschiedenen Nationalitäten.

Nationale Frage

Jüngstes Beispiel sind die Auseinandersetzungen um die autonome Provinz Kosovo. Die Arbeitslosenquote beträgt ca. 40%, die Analphabetenrate liegt mit 17,6% weit über dem Landesdurchschnitt (ca. 9,5%). 87,4% der Bevölkerung sind Albaner, 10% sind Serben. In der Vergangenheit gab es immer wieder Unruhen, weil sich die Albaner von der Regierung der Republik Serbien unterdrückt fühlten. 1981 wurde die Armee eingesetzt, um er-

zungen zwischen Angehörigen verschiedener Nationalitäten oder Religionen die Folgen von Hunger oder wirtschaftlichem Mangel. Das tiefe Mißtrauen, das einzelne Nationen infolge langjähriger Unterdrückung gegeneinander entwickelt haben, läßt sich nicht von heute auf morgen beseitigen. Die Bolschewiki unter der Führung Lenins gaben nach der Oktoberrevolution allen ehemals vom zaristischen Rußland unterdrückten Nationen das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur Lostrennung und Bildung eines eigenen Staates.

Bürokratie

Im heutigen Jugoslawien würde die Angliederung des Kosovo an Albanien oder die Lostrennung Sloweniens in beiden Fällen eine Katastrophe bedeuten. Ein unabhängiger Staat Slowenien könnte wirtschaftlich nicht be-

regierung, die eine gewinnbringende Produktion unmöglich machen, die Entlassung eines Teils des aufgeblähten Managements, die Entlassung eines Teils des aufgeblähten Managements, Kürzung der Einkommen von Direktoren, die das fünffache eines Arbeiterlohns erhielten, eine Reduzierung der Zahl der für die Direktoren zur Verfügung stehenden Luxuslimousinen sowie eine drastische Verminderung der lukrativen Dienststreifen der Funktionäre aus der Verwaltung.

Wenn der Wirtschaftsaufschwung in den kapitalistischen Ländern durch eine Rezession abgelöst wird, wird sich die wirtschaftliche Talfahrt Jugoslawiens noch einmal beschleunigen und so die vorhandenen Probleme noch weiter verschärfen.

Georg Kümmel, Aachen
Jungsozialist

Generalstreik in Spanien Der Damm ist gebrochen!

Der 14. Dezember 1988 wird als historischer Tag in die Geschichte Spaniens eingehen: Zum ersten Mal seit 1934 hatten die Gewerkschaften (UGT, sozialistisch, und CCOO, kommunistisch) zusammen zum Generalstreik aufgerufen und einen vollen Erfolg verzeichnet. Über acht Millionen Arbeiter streikten und protestierten damit gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Gonzalez.

Die Hauptstadt Madrid war wie ausgestorben, der öffentliche Nahverkehr fast völlig eingestellt, Schulen, Restaurants und Geschäfte blieben geschlossen. Selbst Fußballer waren im Ausstand. Wer von den Parlamentsabgeordneten an diesem Mittwoch an seinem Arbeitsplatz erschien, mußte sich seinen Kaffee selbst kochen: Auch das dortige Personal streikte.

Die spanische Arbeiterklasse hat somit gezeigt, daß ihre Geduld nach langen Jahren der Enttäuschungen und Entbehrungen jetzt erschöpft ist.

Noch im Jahr 1986 hatte die sozialistische Partei Spaniens PSOE unter Gonzalez trotz Stimmverlusten ihre absolute Mehrheit verteidigt. Obwohl viele Arbeiter mit der Politik der vergangenen vier Jahre nicht einverstanden waren, wollten sie auf keinen Fall einen Sieg der Konservativen unter Fraga ermöglichen.

Arbeitslosigkeit

Nach der Wahl nahm die PSOE-Regierung unter dem Druck des Kapitals auch weiterhin Angriffe auf den Lebensstandard der Massen vor. Gonzalez' Programm der industriellen Modernisierung bedeutete die Abschichtung ganzer Regionen im Werften-, Kohle- und Stahlsektor. Zehntausende von Arbeitern wurden arbeitslos. Die offizielle Arbeitslosenquote liegt nun bei 21%, wovon nur jeder Dritte Arbeitslosenunterstützung erhält. Bei den Jugendlichen hat jeder zweite keine Arbeit.

Auch die Unsicherheit unter denen, die jetzt Arbeit haben, ist stark gestiegen: Nur 5,3% der Arbeitsverträge, die 1987 abgeschlossen wurden, sind unbefristet, alle anderen sind Zeitverträge. Gonzalez' Politik der massiven Umverteilung von unten nach oben hat die Zahl der Armen 1984-87 von 8 auf 10 Millionen anwachsen lassen. 80% der Renten liegen unter dem Mindesteinkommen.

Nachdem die Arbeiter jahrelang stillgehalten haben, stoßen jetzt die Appelle der Regierung zu Lohnverzicht und Rücksicht auf die Wirtschaft auf taube Ohren. Denn die spanischen Kapitalisten konnten in den letzten Jahren einen seltenen Boom genießen mit Wachstumsraten von 5,5% (1987)

und 5% (1988). In zwei Jahren stiegen die Gewinne der 6000 größten Unternehmen um 400%!

An diesem Aufschwung, der ja auf ihrem Rücken stattgefunden hat, wollten jetzt endlich auch die Arbeiter teilhaben.

Schüler fordern Generalstreik

Die Stimmung entzündete sich, als Ende Oktober ein Jugendbeschäftigungsgesetz erlassen wurde, das Unternehmen erlaubt, Jugendliche für einen Sklavenlohn von 600 DM monatlich für maximal 18 Monate einzustellen, ohne Sozialabgaben zahlen zu müssen. Alle Gewerkschaften reagierten mit scharfen Protesten auf dieses Gesetz. Als wenige Tage später ein Kongreß der Schülergewerkschaft SE stattfand, wurde eine Resolution verabschiedet, die die Gewerkschaften zum 24 stündigen Generalstreik aufforderte, da das Gesetz nicht nur ein Angriff auf die Rechte der Jugendlichen, sondern auf die gesamte Arbeiterklasse sei.

Der anwesende frühere Präsident der kommunistischen Arbeiterkommissionen (CCOO), Camacho, und ein Vorstandsmitglied der sozialistischen UGT trugen diesen Vorschlag in ihre Organisationen hinein.

Besonders bemerkenswert ist die Wendung des UGT-Führers Nicolas Redondo. Vor einigen Jahren noch predigte die UGT Sozialpartnerschaft und verkündete, daß der Klassenkampf überholt sei. Noch 1985 hatte sich Redondo strikt gegen einen Generalstreikaufruf der CCOO gewandt, weil er die Regierung nicht stürzen wolle.

Im Herbst 1986 legte er dann aus Protest gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung sein Abgeordnetenmandat nieder, und es kam unter dem



90% aller Arbeiter beteiligten sich am ersten Generalstreik in Spanien seit 1934.

Druck der Basis zu immer härteren Auseinandersetzungen mit der PSOE-Regierung. Da viele Arbeiter in der UGT die Gewerkschaft der Regierung sahen und sich selbst immer mehr radikalisierten, mußte die UGT handeln, um nicht noch mehr Mitglieder zu verlieren.

Bei der Mobilisierung für den Generalstreik spielten die Jugendlichen ei-

ne Vorreiterrolle. Den Auftakt bildete ein Aktionstag der Schülergewerkschaft am 24.11.1988. Beim Marsch auf Madrid am 1.12. versammelten sich 300.000 Schüler unter Parolen wie: „Gegen den Arbeitsplan - Generalstreik!“

Noch drei Tage vor dem 14.12. bot die ängstlich gewordene Regierung den Gewerkschaften Gespräche an -

wenn der Generalstreik fallengelassen werde! Davon unbeeindruckt wurde der Generalstreik mit 8-10 Mio. Teilnehmer (die Gewerkschaften hatten 4 Mio. erwartet) ein riesiger Erfolg: Es bedeutete eine 90%ige Beteiligung.

Bei Gesprächen mit den Gewerkschaftsführern wenige Tage später gab Gonzalez bekannt, daß das Jugendbeschäftigungsgesetz zurückgezogen werde und er zu Gesprächen über die anderen zentralen Streikforderungen bereit sei, wie Anpassung der Angestelltenlöhne an die Inflation und Ausweitung der Arbeitslosenunterstützung.

Konkrete Erfolge

So hat der Generalstreik schon konkrete Erfolge gezeigt. Aber dieser Streik wird nicht das Ende der Auseinandersetzungen mit der Regierung bedeuten, sondern wird erst der Anfang einer Reihe von gewerkschaftlichen Kämpfen sein. Schon jetzt werden auch Spekulationen über einen Ausschluß Redondos aus der PSOE laut. Dies würde aber nur zur Folge haben, daß sich noch mehr Arbeiter hinter ihn stellen.

Anders als vor zwei Jahren die Streiks und Proteste der 2 Mio. Schüler unter der Leitung der Schülergewerkschaft hat nun der Protest die ganze Breite der Arbeiterklasse erreicht und den Damm gebrochen zu einer neuen Qualität von Kämpfen. Die Arbeiter werden sich nicht mit Almosen zufriedengeben, sondern für eine wirkliche sozialistische Politik kämpfen, die die Interessen der Arbeiter und Jugendlichen vertritt.

Mechthild Stark, Göttingen
Jungsozialistin

Erdbeben in Armenien:

„Internationales Chaotentreffen“

Am 7.12.1988 wurde Armenien von einem heftigen Erdbeben erschüttert. Ca. 55.000 Menschen starben, aus ganzen Städten wurden Schuttberge, Straßen- und Kommunikationsverbindungen wurden unterbrochen. Solche Katastrophen setzen eine Gesellschaft enormen Belastungen aus.

Eigentlich bietet die Planwirtschaft wegen ihrer vorhandenen Strukturen zu zentraler Koordination beste Voraussetzungen für schnellste Hilfeleistung. Das hat jedoch die bürokratische Zwangsjacke verhindert. Denn Helfer, Willen und Initiative waren genügend vorhanden, da aber kein Räumgerät da war und die Helfer nicht wußten, wohin, gab es viele unnötige Opfer.

Eine weitere Ursache der hohen Opferzahlen ist die schlechte Bauqualität der Häuser. Das Gebiet war als erdbebengefährdet bekannt und relativ erdbebensicheres Bauen auch. Nur scheute die Bürokratie die höheren Kosten oder es lockten Korruptionsgeschäfte. So stürzten hauptsächlich die modernen vielstöckigen Gebäude ein, die alten, eingeschossigen jedoch blieben weitgehend stehen. Nach dem Beben traf dann erste Hilfe z.B. in der fast völlig zerstörten Stadt Spitak nach 20 Stunden ein und nötiges Räumgerät erst nach 3 Tagen.

Während ausländische Helfer als Helden gefeiert wurden, empfand die Bevölkerung über die russische Hilfe oft Bitterkeit. Ein Grund dafür war die Mangelhaftigkeit: Zunächst existierte ja noch nicht einmal eine zentrale Einsatzleitung. Dann kamen auf einen Helfer gleich drei Beobachter. Bürokratische Fehlplanung zeigte sich auch beim Transport von Hilfsgütern: Es herrschte allgemein Chaos. Trafen sie schließlich am Bestimmungsort ein, war es für effektive Hilfe zu spät. Und die eingesetzten Soldaten hatten die Aufgabe, Plünderungen zu verhindern, statt die Versorgung sicherzustellen. Nebenbei konnten sie sich auch ungehindert selbst bedienen.

Westliche Hilfe

Arbeiter der BRD haben Millionenbeträge geopfert. Viele Gelder wurden nicht sinnvoll eingesetzt. Das lag teilweise an der oben beschriebenen Unfähigkeit der Bürokratie. Aber auch die westlichen Organisationen hatten keinerlei Grund zur Selbstgefälligkeit. Sie waren oft nicht in der Lage, sich den gegebenen Verhältnissen anzupas-

sen und vergrößerten das Chaos noch. Dazu ein DRK-Helfer in Armenien im „Spiegel“: „Wir können für den guten Ruf der deutschen Tüchtigkeit nur hoffen, daß wir in dem internationalen Chaotentreffen hier nicht weiter aufpassen.“

Ein Beispiel: Ein OP-Wagen des DRK stand über eine Woche in Deutschland, da kein Flugzeug aufzutreiben war. Als die Sowjets ihn abholten, bestanden deutsche Ärzte darauf, ihn im Katastrophengebiet aufzustellen. Gebraucht wurde er dort allerdings nicht mehr, denn alle Schwerverletzten waren schon in überfüllten Krankenhäusern der Umgebung.

nau diese empfindliche Stelle. Drei Stunden lang war die Stadt hermetisch abgeriegelt, Rettungsarbeiten durften währenddessen nicht stattfinden. Bei der Gelegenheit sagte Gorbatschow zum Nationalitätenkonflikt, wer „sich in diesen Zeiten mit solchen Fragen beschäftigt, hat keine Moral“, und „wir werden sie mit unserer gesamten politischen und administrativen Kraft stoppen“. (Der Spiegel, Nr. 51/88) Das war Gorbatschow's Argument für die Verhaftung von Mitgliedern des „Karabach-Komitees“, welches als Führung der Bewegung anerkannt ist. Auf anschließenden Protestkundgebungen gab es Verletzte bei Zusammenstößen mit Soldaten.

So zeigte er den Armeniern wieder einmal, daß hinter der Fassade von Perestroika und Glasnost immer noch die gleiche bürokratische Diktatur herrscht wie vor seiner Zeit. Bei den Armeniern wurden Erinnerungen an Pogrome in der armenischen Geschichte wach. Die Evakuierung von Frauen und Kindern - an sich sinnvoll



Der effektive Einsatz der Spenden wurde sowohl durch die sowjetische Bürokratie als auch durch mangelnde Anpassungsfähigkeit der ausländischen Hilfsorganisationen behindert.

Da die russische Hilfe aber der Rettung von Verschütteten keine Priorität einräumte und schon nach wenigen Tagen mit dem Abbruch der Trümmer begonnen wurde, zumindest vereinzelt, fielen den armenischen Arbeitern die Mängel der westlichen Hilfe dagegen kaum auf.

Gorbatschow's Interessen

Doch es gab auch noch andere Gründe für die Bitterkeit gegenüber „den Russen“, z.B. die Unterdrückung der armenischen Nation - sei es durch den Zaren oder das Bürokratenregime. Gorbatschow's Besuch in Spitak wenige Tage nach dem Beben traf ge-

- wurde mit dem Völkermord durch türkische Herrscher 1915 oder Stalins Deportationen verglichen.

Einen „Erfolg“ konnte die Bürokratie jedoch verbuchen: Bei all dem Haß, der durch ihre Politik in der Nationalitätenfrage, beim Erdbeben und durch die Armeepresenz gegen sie erzeugt wurde, haben die Armenier im Augenblick nicht die Kraft zu Massenprotesten wie vor dem Beben. Doch die Lehren aus den letzten Monaten werden nicht so schnell vergessen, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann die Bewegung wieder aufflammt.

Geert Möbius, Köln
Jungsozialist

Internationale Notizen



Sudan

Mit Demonstrationen und Generalstreiks protestierte die Bevölkerung gegen drastische Erhöhungen der Preise für Zucker, Zigaretten und andere Waren. Gefordert wurde weiter der Rücktritt der Regierung. Die trat zwar nicht zurück, nahm jedoch von den Preiserhöhungen Abstand.

Wenige Tage danach traten im Land die Richter in den Ausstand und reichten massenweise ihren Rücktritt ein. Ihr Grund: die zunehmende Einmischung des Staates in die Rechtsprechung.

Italien

Mehrere Angriffe auf Lebensstandard, Arbeitsplätze und Gewerkschaften führten dazu, daß für den 31.1. ein vierstündiger landesweiter Generalstreik geplant ist. Die Gründe im Einzelnen:

- Einführung von Mehrwertsteuer besonders auf Brot und Nudeln bei gleichzeitiger teilweiser Amnestie für Steuerhinterzieher
- angekündigte Massenentlas-

sungen in einem Stahlwerk in Neapel

- Wohnungsnot und die geplante völlige Freigabe der Mieten
- Die Praxis einiger Konzerne, darunter vor allem Fiat, Aufstiegschancen von Mitarbeitern an den Verzicht auf gewerkschaftliche Aktivitäten zu koppeln.

Mexiko

Die Luft in Mexiko-City ist so verschmutzt, daß sie 1987 10.000 Tote gefordert hat. Von 150 untersuchten Kindern aus dem Nobelviertel der Stadt waren 80% krank - man kann sich denken, was das für die Kinder aus den anderen, ärmeren Vierteln bedeutet. Die Hälfte der 20 Millionen Menschen der Stadt sind ständig krank.

Ungarn

Am 10.1. streikten zehntausende Arbeiter gegen Preiserhöhungen. Gleichzeitig legten 1500 Bergarbeiter für 2 Stunden die Arbeit nieder, um bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen.

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wenn bei uns in Deutschland Skandale aufgedeckt werden, ist immer die linke Kampfpresse schuld. In Wirklichkeit versucht die Bundesregierung, alles zu vertuschen, wie beispielsweise beim Giftgaskandal. Ich finde, Waffenexporte in Kriegsgebiete sind zu recht verboten. Aber die deutschen Unternehmer sind beim C-Waffeneinsatz mitschuldig. Auch die UNO hat festgestellt, im Krieg zwischen Irak und Iran sei deutsches Giftgas eingesetzt worden. Auch darüber gibt es schon Beweise. Denn die Staatsanwaltschaft ermittelt seit 1986 gegen deutsche Chemie-Unternehmen. Die Bundesregierung kann auch nicht überrascht tun, sie ist auf diese Grauzone immer wieder hingewiesen worden. Und so entsteht auch hier wieder jene eigentümliche Undurchsichtigkeit der Bonner Politik: Schöne Worte auf internationalen Konferenzen, aber zu Hause gilt allemal der Grundsatz, daß Geschäfte wichtiger sind als die Moral. Deutsche Unternehmer sind der fünfgrößte Rüstungsexporteur der ganzen Welt.

Wenn die Bundesregierung sich jetzt über die „Medienkampagnen“ beschwert, so hat sie sich diese selbst eingebrockt. Helmut Kohl und die Seinen sollten sich an den Vorspruch zu Gogols „Revisor“ erinnern: „Nicht nötig, auf den Spiegel zu schimpfen, wenn die Fratze schief ist!“

Es grüßt Euch, Genossen,
Gerd Nysten, Aachen,
SPD-Mitglied

Liebe Genossinnen und Genossen,

Fleißig ist sie ja, unsere Bundesregierung. Nun plant sie mit einem Ergänzungsgesetz zum Katastrophenschutz-Erweiterungsgesetz und mit anderen Vorschriften das Beamtenrechtsrahmengesetz (BRRG) auf den Verteidigungsfall übertragbar zu machen. In Wirklichkeit, so die ötv, handelt es sich dabei um ein Notstandsgesetz. Weil das BRRG Lücken aufweisen soll, sieht der Gesetzentwurf vor, daß die Beamten im Verteidigungsfall - in Kasernen einquartiert werden können,
- verpflichtet sind, Mehrarbeit zu leisten,
- ohne Einwilligung zu zivilen Dienststellen der Nato abgeordnet werden können,
- ihre Arbeit an anderen Orten, auch im Ausland, ableisten müssen, wenn die Dienststelle verlegt wird,
- nicht ihre Entlassung beantragen können, bevor sie 65 Jahre alt sind, wenn der Arbeitgeber Weiterarbeit verlangt. Ruhestandsbeamte, die noch nicht 65 Jahre alt sind, können wieder in ein Beamtenverhältnis übernommen werden.

Es sei anmaßend zu behaupten, daß

neue Gesetz liege im Interesse der Bevölkerung, wenn Teile der Verfassung außer Kraft gesetzt werden, meinen der Deutsche Gewerkschaftsbund und die ötv. Die Funktionsfähigkeit der Verwaltung aufrechterhalten zu wollen, wenn es nichts mehr zu verwalten gäbe, sei überflüssig und sinnlos, hieß es weiter. Da es im Krieg wahrscheinlich keine Bevölkerung mehr gibt, fragen sich DGB und ötv, ob die Regelungen wirklich nur für diesen möglichen Fall gedacht sind oder ob sie sich „nicht vielmehr auf eine Verschärfung der Lage im Nichtkriegs-Fall“ beziehen.

In den vergangenen 20 Jahren seien keine Lücken im BRRG erkennbar gewesen, sie seien zur Begründung für den Gesetzentwurf erst erfunden worden. Auf die Frage nach den Gründen für das neue Gesetz antworteten Vertreter des Innenministeriums: „Stellen Sie sich vor, wir haben Krieg und alle Beamten lassen sich entlassen!“

Martin Korte, Bremerhaven,
Jungsozialist

Liebe Genossinnen und Genossen, jüngst landete in meinem Briefkasten eine Wurfsendung mit dem Slogan „Erst Deutschland, dann Europa“ und einer Scheinbriefmarke auf dem Kuvert. Darin war ein Brief, in dem die Ausländer für Arbeitslosigkeit, Rentenkrise und Bauernsterben verantwortlich gemacht werden. Also gegen ausländische Kollegen wurde gehetzt und deutsch-nationalistische Parolen propagiert. Dies war klare Nazi-Propaganda!

Wie später in der Zeitung zu lesen war, ist Postminister Schwarz-Schilling angeblich nicht in der Lage gewesen, diese Wurfsendung zu unterbinden. In der Vergangenheit hat die Post



Fast 20.000 Briefe täglich gingen an den Absender, Dr. Frey, zurück.



sich geweigert, Briefe, die harmlose Sonderstempel mit Symbolen der Friedensbewegung oder der Umweltorganisation Greenpeace trugen, zu befördern. Da wird doch mit zweierlei Maß gemessen!

In unserer Juso-AG haben wir uns sehr darüber aufgeregt und diskutiert, was man dagegen machen kann. Man sollte die Annahme solcher Briefe verweigern und sie zurück an den Absender schicken. Die Portokosten muß dieser dann übernehmen.

P.S.: Von diesem üblen Machwerk wurden 24 Mio. Exemplare verschickt. Kosten: ca. 6 Mio. DM

Mit sozialistischen Grüßen
Bernd Bosmann, Kassel
Jungsozialist

Leserbrief zum Artikel „Asylanten raus, Aussiedler rein?“
VORAN Nr. 106

Im Artikel wird Oskar Lafontaine mit seinen Äußerungen zu dieser Frage zitiert. Ergänzend dazu möchte ich bemerken:

Um von Problemen wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot abzulenken, werden immer wieder neue Sündenböcke aufgebaut. Erst waren es die „Gastarbeiter“ im allgemeinen, dann speziell die türkischen Kollegen, danach die Asylbewerber, jetzt sind vor allem die Aussiedler dran. In einem solchen Klima muß es die Aufgabe der SPD-Führung sein, gegen Vorurteile aller Art Stellung zu nehmen. Die Kohlregierung versucht, die Aussiedler gegen die Asylbewerber auszuspielen. Oskars Diskussionsbeiträge sind dazu geeignet, genau umgekehrt, nämlich zur Stimmungsmache gegen die Aussiedler, verwendet zu werden.

Darum gehen sie grundsätzlich in die falsche Richtung, auch wenn er sie mit etwas linker Kritik an der Deutschtümelei der Bundesregierung garniert.

Angela Bankert, Köln

Korrektur

Bei dem Artikel „Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht ermordet!“ in VORAN Nr. 106 wurde leider durch redaktionelle Kürzungen der Bezug zweier Aussagen unklar.

Im ersten Abschnitt muß es richtig heißen: „... gezielt von Offizieren der Freikorps ermordet, die insgesamt den Befehlen des SPD-Mannes Noske unterstanden.“

Im letzten Abschnitt fehlt eine Zeile. Richtig muß es lauten: „Hauptträger dieser Propaganda waren jedoch die Herrschenden. Ihnen war klar: Luxemburg und Liebknecht waren Todfeinde von Opportunismus und Bürokratie...“



kommt, dann wird die Stimmung plötzlich schlecht.“

Wir können ihm sagen, woran es liegt...

Selber schuld

Wir sagen, vor allem die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung sei schuld an den hohen Mieten. Carl Graf Hohenthal belehrt uns in einem Kommentar in der Frankfurter Allgemeinen eines Besseren:

„Die hohen Mietpreise sind - auch dort, wo Wohnungen vorübergehend leer bleiben - ein Zeichen dafür, daß die Masse der Mieter in einem reichen Land grundsätzlich zu erheblichen Ausgaben für das Wohnen bereit ist und immer höhere Ansprüche stellt. Darauf richtet sich der Markt allmählich ein.“

Wir sind also selber schuld. Warum zahlen wir auch die hohen Preise? Es gibt ja Alternativen genug - z.B. die Parkbank!

ihr da oben . . .

Gerechtigkeit

Wird man beim Schwarzfahren in der Straßenbahn erwischt, so zahlt man bestenfalls 40 DM, schlimmstenfalls kommen Gerichtsverhandlung und Gefängnis auf einen zu.

Auch da sind wir selber schuld. Warum machen wir es nicht wie Justizminister Engelhard, der vor Jahren in Bonn ohne Fahrschein angehalten wurde? Er hatte damals gesagt, er hätte es sehr eilig gehabt und so schnell keine Fahrkarte aus dem Automaten gekriegt. Das kann passieren, man kennt das.

Wie reagieren die Bonner Stadtwerke? Sie schreiben einen Brief und bieten dem Minister einen Gratis-U-Bahn-Kurs an, bei dem er lernen könne, problemlos und tarifgerecht den öffentlichen Nahverkehr zu nutzen.

Engelhard lehnte dieses Angebot

ab, überwies den damaligen Fahrpreis von 2,20 DM und - man höre und staune - die Bonner Stadtwerke waren zufrieden!

Wenn du also beim nächsten Mal Probleme mit den Kontrolleuren hast - melde dich bei den zuständigen Stellen und frage, im Namen der Gerechtigkeit, nach dem kostenlosen Kursus. Sollten alle Plätze belegt sein, kannst du ja immer noch den Fahrpreis überweisen.

Wie kommt's nur?

Das scheint sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred Abelein zu fragen. Kurz vor Weihnachten äußerte er sich zur Stimmung im Lande:

„Das Komische ist eigentlich: Die generelle Grundstimmung ist eigentlich gar nicht schlecht. Die Leute haben das ganze Jahr über Bier getrunken, Hähnchen gegessen, Blasmusik gespielt; sie sind jetzt beinahe nahtlos übergegangen in die Advents- und Weihnachtsfeiern - und festen weiter mit anderen Ingredienzien. Nur wenn einer von uns dazu



. . . wir hier unten

Verkauft

VORAN



Gemeinsam den Kahlschlag verhindern!

Wenn ihr mehr Informationen zur Lage im Bergbau haben wollt, dann bestellt das neue VORAN-Faltblatt zum Preis von 50 Pfennig bei der Redaktion in Köln.

Kampffonds Verkauft Voran zum Solidaritätspreis!

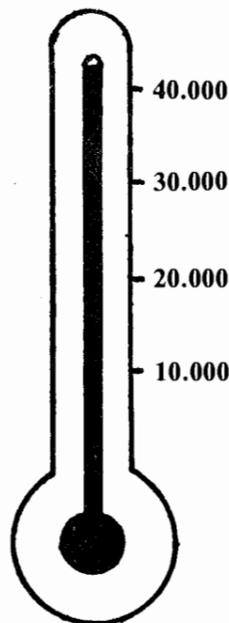
Im letzten Quartal des Jahres 1988 waren wir beim Sammeln besonders erfolgreich. Das lag natürlich nicht zuletzt an den hohen Spenden beim Voran-Seminar im November. So haben wir vom Ziel 107% oder 42.817,39 DM erreicht. Mit diesem Erfolg werden wir in der Lage sein, unsere Pläne in Bezug auf einen Druckraum verwirklichen zu können. Das wird auch dringend Zeit.

Letztes Jahr haben die Unternehmer einmal wieder voll abgesahnt, ihre Einkünfte stiegen um 10%! Für Arbeiter und Angestellte sind Löhne real kaum gestiegen, dafür aber Streß und Berufskrankheiten. Die Kapitalisten behaupten stolz, für den Erhalt von Arbeitsplätzen investiert zu haben. Doch was wird aus den Arbeitslosen? Und von echter „Sicherheit“ des Arbeitsplatzes kann z.B. für die Arbeiter aus Rheinhausen auch keine Rede sein.

Gegen Unternehmerrmillionen müssen Millionen von Arbeitern gemeinsam kämpfen. Doch zur Koordination ist unter anderem auch eine starke Arbeiterzeitung nötig. Um diese aufzubauen spendete Angela, eine Hausfrau in Krefeld, 20 DM und ein britischer Techniker in Remscheid 18 DM. Voran-Unterstützer in Aachen sammelten auf ihrer Silvesterfeier 206 DM und Jörg Winter, ein Programmierer aus Stuttgart, spendete 100 DM. Dietrich Widmann aus Stuttgart studiert und spendete 105 DM.

Hohe Spenden wie diese sind ein wichtiger Beitrag zum Kampffonds. Genauso wichtig sind auch die vielen kleinen Spenden, die wir nicht alle einzeln aufführen können.

Die meisten Arbeiter und Jugendlichen, die Voran kaufen, sind sich bewußt, wie wichtig der Kampf um den Sozialismus ist. Wenn alle Verkäufer gleich nach dem Solidaritätspreis oder nach einer Spende fragen, dann können wir die Zeitung nicht nur verbes-



Spendenkonto:
VORAN Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

sern und erweitern, sondern diese Arbeiter werden auch ein verstärktes Interesse an Voran haben: Jetzt ist es auch ihre Zeitung, da sie mithelfen, sie zu finanzieren. Sie werden sich fragen, was weiter mit der Zeitung passiert und vielleicht sogar bereit sein, einen Artikel zu schreiben oder beim Verkauf zu helfen. So hilft der Solidaritätspreis auf Dauer beim Aufbau unserer Zeitung, und so werden wir auch das neue Ziel von 40.000 DM für das 1. Quartal 1989 erreichen.

Geert Möbius, Köln, Jungsozialist

Automobilkonzern Ford Profiterhöhung auf Kosten der Arbeiter

Die Autoindustrie wächst und gedeiht. Ford hatte im Jahr 1988 wieder einen Rekord zu vermelden, nämlich beim Verdienst: Er betrug netto 4,6 Mrd. US-Dollar, bei einem Umsatz von 71,6 Mrd. US-Dollar.

Daß so viele Autos verkauft werden konnten lag natürlich einmal an den gestiegenen Realloöhnen, vor allem aber auch daran, daß Ford - wie viele andere Automobilhersteller auch - vor allem in den letzten zwei Jahren Käuferkredite zu sehr günstigen Bedingungen einräumte.

Daß diese Situation nicht immer so weitergehen kann, ist allen Konzernmanagern klar. Der Einbruch einer Rezession oder auch eine Verschärfung von Handelskriegen kann auch sehr schnell in der Automobilindustrie Folgen haben. In den Chef-Etagen wird natürlich darüber nachgedacht, wie man sich am besten auf eine solche Situation vorbereitet.

Eine Maßnahme besteht darin, sich verstärkt in anderen Branchen zu engagieren. So kaufte General Motors Hughs Aircraft auf, einen der führenden Hersteller im Bereich der militärischen Elektronik, Daimler will MBB aufkaufen, Ford hingegen will sich mehr auf Finanzgeschäfte konzentrieren - schon 1987 erzielte der Konzern 18% seiner Gewinne aus diesem Bereich.

Aber auch im eigentlichen Bereich der Automobilproduktion sollen Veränderungen stattfinden, besonders eine Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit. Ein erster Schritt hierzu war bei Ford die Herausgabe eines „Internen Bulletins“ für die Spitzenmanager in den einzelnen Ländern. Hierin schreibt der Vorstandsvorsitzende Donald Petersen: „Wir müssen mehr tun, um unsere weltweiten Recourcen und Kapazitäten voll und effizient auszunutzen, und zwar stärker als alle unsere Konkurrenten.“

Das betrifft direkt die Arbeiter in den einzelnen Ländern. Auf einem Treffen der führenden Gewerkschaftsvertreter aus Großbritannien, Belgien, Spanien, Frankreich, Portugal und

der Bundesrepublik Anfang diesen Jahres wurden die Veränderungen berichtet, die schon in den einzelnen Ländern umgesetzt sind. So wurde in Belgien in einigen Bereichen die Tagsschicht auf 9 Stunden täglich verlängert. In Spanien läuft die Produktionsanlage fast 24 Stunden täglich durch die Einführung einer Nachtschicht. In Großbritannien wurden in lokalen Vereinbarungen mit den örtlichen Gewerkschaften flexible Schichten eingeführt. So sind in Dagenham Überstunden jetzt normal.

In der Bundesrepublik findet bei der Herstellung von Schlüsselkomponenten regelmäßig Sonntagsarbeit statt, und in Köln ist jetzt geplant, die 6-Tage-Woche als Regelarbeitszeit einzuführen. In Frankreich werden Leiharbeiter extra für Schichten am Freitag, Samstag und Sonntag eingestellt, um so eine Konfrontation mit den Gewerkschaften über die Wochenendarbeit zu vermeiden.

Bisher haben die Arbeiter nicht dagegen aufgemuckt. Und das hat seinen guten Grund: Die meisten, die in den letzten zwei Jahren eingestellt wurden, hatten nur Zeitverträge. Bisher liefen

diese oft wenigstens noch ein Jahr, aber bei Ford Köln zum Beispiel sind jetzt die meisten Verträge auf ein halbes Jahr befristet. Auf dieser Grundlage ist es verdammt schwer, abzulehnen, wenn man gefragt wird, ob man auch am Samstag arbeiten will oder ob man an die Schicht noch eine Stunde dranhängen kann!

„Gruppenarbeit“

Es werden aber noch weitere Maßnahmen ergriffen, um die Arbeit effektiver zu machen, nämlich im Bereich der Arbeitsorganisation. So soll verstärkt die traditionelle Bandarbeit durch sogenannte „Gruppenarbeit“ abgelöst werden. In Großbritannien wurde diese neue Konzeption schon in der Produktion ausprobiert und das mit durchaus zufriedenstellenden Ergebnissen - für die Konzernleitung. Die Profite stiegen 1987 in diesen Bereichen um 50%, die Arbeitsproduktivität um 40%. Ein Arbeiter beschreibt, was das neue Konzept für ihn und seine Kollegen bedeutet: „Flexibilisierung heißt, daß alle 102 Sekunden ein Auto vorbeikommt, und du mußt nicht nur etwas in das Auto reinschrauben, sondern zwischendurch noch aufräumen, deine Werkzeuge prüfen, Dinge reparieren und gucken, ob du genug Teile hast. Du machst nicht mehr nur einen Job. Wenns keine Arbeit am Band gibt, stecken sie dich irgendwohin, wo es welche gibt. So schufstest du die ganze Zeit.“

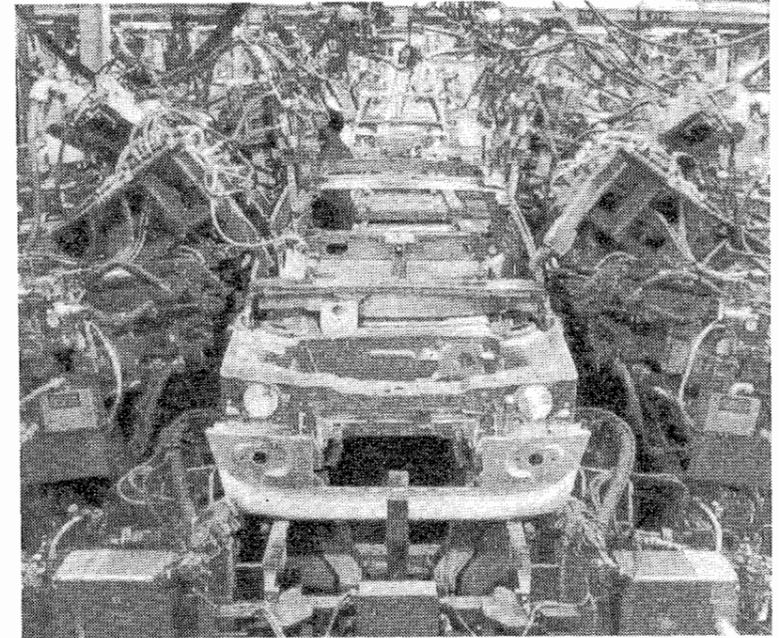
Vorbereitungen für diese Art der Arbeitsorganisation wurden auch schon in anderen Ford-Niederlassungen getroffen. So wird zunehmend die Trennung von Facharbeitern und

gelernten aufgehoben. So stehen in Köln über 200 Werkzeugmacher am Band, allerdings bekommen sie für die gleiche Arbeit etwas mehr Lohn. So was führt natürlich zu Spannungen unter den Kollegen. Die Lehrlinge müssen fürchten, daß sie nach drei Jahren Ausbildung doch nur am Band stehen, und die Facharbeiter haben Angst, daß sie nach Jahren Bandarbeit ihre Qualifikation verlieren. Gruppenarbeit bedeutet weiter, daß

für die Arbeitsorganisation in einem Arbeitsabschnitt ein Kolonnenführer verantwortlich wäre, der ca. 10% mehr Lohn erhalten würde. Er wäre auch Ansprech- und Verhandlungspartner für die Unternehmensleitung. Es ist zu befürchten, daß er sich dann auch um die Probleme kümmert, die jetzt Aufgabe der Betriebsräte sind - allerdings besteht die Gefahr, daß ein solcher Kolonnenführer als Werkzeug der Unternehmensleitung dienen würde.

Schon in den letzten Jahren hat sich der Arbeitsdruck in der Automobilbranche ständig verstärkt. Die Bänder laufen länger und schneller. Mit den geplanten oder teilweise schon umgesetzten Veränderungen wird die Lage der Arbeiter sich weiter verschlimmern. Hart erkämpfte Rechte bezüglich der Arbeitszeiten werden Stück für Stück genommen. Die Gesundheit und die Lebensqualität von Millionen Beschäftigten in der Autoindustrie weltweit bleiben auf der Strecke.

Barbara Kirschbaum, Köln
SPD- und ÖTV-Mitglied



Die teuren Produktionsanlagen lohnen sich für die Konzerne erst richtig, wenn sie rund um die Uhr ausgenutzt werden - z.B. durch Drei-Schicht-System und Wochenendarbeit.

Zeche Sophia-Jacoba erneut bedroht Jetzt sind Aktionen nötig!

Der Zeche „Sophia-Jacoba“ in Hückelhoven droht die Stilllegung, 5000 Arbeitsplätze auf der Zeche, noch einmal 7000 Arbeitsplätze in vom Bergbau abhängigen Bereichen sind betroffen. Nach der Zeche Emil Mayrisch in Aalsdorf, die 1992 geschlossen werden soll, wäre dann auch die letzte Zeche im Aachener Revier dicht. Die Arbeitslosigkeit in der Region dürfte dann auf weit über 20% steigen und die Region in ein Armenhaus verwandeln. Doch die Bergleute und die betroffene Bevölkerung wollen eine Schließung nicht kampflos hinnehmen. Eine Fraueninitiative und ein Bürgerkomitee wurden gegründet. Durch zahlreiche Aktionen im Herbst letzten Jahres wurde ein Aufschub der geplanten Subventionskürzungen, die eine Stilllegung bedeutet hätten, erreicht.

Anfang Januar wurden Bergleute und Bevölkerung durch neue Zeitungsmeldungen über eine drohende Stilllegung der Zeche alarmiert. Der niederländische Eigentümer will die Zeche an die Ruhrkohle-AG (RAG) verkaufen. Die RAG ist nur zur Übernahme bereit, wenn gleichzeitig ein Stilllegungstermin feststeht. Hinter den Schließungsplänen stecken die Profitinteressen der Stromkonzerne, sie wollen mehr Kernenergie und weniger Kohle in der Stromerzeugung einsetzen.

Bürgerkomitee

Wie groß die Bereitschaft, Widerstand zu leisten, unter der betroffenen Bevölkerung ist, zeigt das Bürgerkomitee: Seit der Gründung am 28.11.1988 haben 92 verschiedene Vereine, Verbände, politische, kirchliche und gewerkschaftliche Gruppen und Organisationen aus der Region ihre Mitgliedschaft erklärt. Bei der jüngsten Versammlung des Bürgerkomitees Anfang Januar, unmittelbar nachdem die Stilllegungsabsichten in Zeitungsberichten erneuert worden waren, saßen und standen über 400 Teilnehmer dichtgedrängt im Veranstaltungssaal, um zu hören, was nun zu tun sei. Mit großem Beifall wurde zunächst die Delegation eines Zulieferbetriebs empfangen, die eigens aus Hattingen angereist war, um der Ver-

sammlung und den Bergleuten ihre Solidarität zu versichern, Unterschriften und Geldspenden zu überbringen. Auch die Belegschaft dieses Betriebes wäre von der Zechenschließung betroffen.

Anschließend erläuterte der Betriebsratsvorsitzende Franz Josef Sonnen die aktuelle Lage. Als Protestmaßnahme zog er einen Autokorso zur nahegelegenen Autobahn in Erwägung, für einen Marsch auf Bonn sei es aber noch zu früh. Erst müßten die Verhandlungen zwischen Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen im März abgewartet werden. (Die Energieversorgungsunternehmen sollen auf einen Teil ihrer Subventionen aus dem Kohlepfennig verzichten.) Erst einmal solle die Postkartenaktion, mit der bereits 95.000 Unterschriften gegen die Zechenschließung gesammelt wurden, weitergeführt werden, um die Postkarten dann dem Bundeskanzler demnächst persönlich zu übergeben.

Marsch nach Bonn

In der sich anschließenden Diskussion wurde die Bereitschaft der Anwesenden, für die eigenen Interessen zu kämpfen, nochmals deutlich. Ein Rentner ging ans Mikrofon und versprach, für die Dauer des Kampfes jeden Monat 100 DM von seiner Rente dem Bürgerkomitee zu spenden. Viele

Redner waren der Meinung, man müsse doch schon möglichst bald einen Marsch nach Bonn organisieren, um den Politikern „auf die Füße zu treten“. Es wurde auch vorgeschlagen, sofort einen konkreten Termin für den Autokorso zu nennen. Außerdem sei es besser, den Autokorso in Düsseldorf oder Bonn durchzuführen, da man den Politikern dort den Protest zeigen müsse. Auch andere Protestformen, z.B. Mahnwachen oder eine Sitzblockade in Bonn wurden vorgeschlagen.

Es wurden auch kritische Fragen gestellt: Wo bleiben die Kumpels? Was tut eigentlich die IGBE, um Sophia-Jacoba zu retten?

In der Diskussion wurde deutlich: Betriebsrat und Belegschaft müssen den Kampf in konkreten Aktionen anzuführen. Die betroffene Bevölkerung ist bereit, sie zu unterstützen. Ein Kumpel erklärte, daß die bisherigen Aktionen wie Fackelzug, Mahnwache oder Menschenkette als Aktionen der Fraueninitiative verstanden worden wären. Wenn der Betriebsratsvorsitzende Franz Josef Sonnen sie rufen würde, würden die Kumpels kommen.

Von dem Gerede vieler Politiker hatten alle die Nase gestrichen voll. Eine Vertreterin der Fraueninitiative, die zu einer Debatte über die Zukunft des Steinkohlebergbaus in den Düsseldorf Landtag eingeladen worden

war, berichtete, daß die Parlamentarier allgemein nicht den Eindruck gemacht hätten, als ob sie das Thema interessiere. Ein Teil habe ein Nickerchen gehalten, einige andere Zeitung gelesen, wieder andere hätten ihre Fingernägel gesäubert.

Obwohl von vielen Teilnehmern in der Diskussion gefordert wurde, wenigstens einen konkreten Termin für die nächste Aktion, den Autokorso, festzulegen, wurde das nächste Treffen des Bürgerkomitees leider erst wieder für den 27. April anberaumt, ohne daß klar gesagt wurde, was bis dahin getan werden soll.

Unterstützung der Bevölkerung

In Aachen hatten bereits im November 1988 einige Jungsozialisten den Anstoß zur Gründung der „Aachener Initiative Solidarität mit den Bergleuten von Sophia-Jacoba“ gegeben. Die Initiative sammelt Unterschriften gegen die geplante Zechenschließung und informiert mit Flugblättern und an Infoständen die Aachener Bevölkerung über die Auswirkungen für die Aachener Region. Aufgrund der Anerkennung, die die bisherigen Aktivitäten bei der Aachener Bevölkerung gefunden haben, darf man sicher sein, daß großangelegte Protestaktionen der Kumpels aus Hückelhoven auch von vielen Beschäftigten und Jugendlichen in Aachen aktiv unterstützt werden.

Die Stromkonzerne und ihre politischen Vertreter in Bonn sind entschlossen, Sophia-Jacoba zu schließen, ohne Rücksicht auf das Schicksal der betroffenen Auszubildenden, der Arbeiter und deren Familien. Nur eine umfassende und entschlossene Mobilisierung der Bergarbeiter in Hückelhoven, aber auch auf den anderen Zechen, durch den Betriebsrat und IGBE-Führung kann das drohende „Aus“ für Sophia-Jacoba und weitere Zechen verhindern.

Gaëtan Kayitare, SPD-Mitglied
Sprecher der „Aachener Initiative Solidarität mit den Bergleuten von Sophia-Jacoba“



Wenn die beiden letzten Zechen im Aachener Revier geschlossen werden, bleibt ihnen nur noch die Perspektive der Dauerarbeitslosigkeit.

Hessen braucht rote Rathäuser

Am 12. März stehen in Hessen die Kommunalwahlen an. Viele Arbeiter und Jugendliche diskutieren in diesen Wahlkampfwochen intensiver als sonst über die Auswirkungen der Kommunalpolitik auf das Alltagsleben. Wohnungsnot in vielen Städten, die Zukunft der städtischen Einrichtungen (Schulen, Kindergärten, Büchereien, Jugend- und Bürgerzentren), Gewerbestandorte und Arbeitsplätze sowie Verkehrspolitik sind - je nach Ort - brennende Fragen.

Während der Norden des Landes seit Jahrzehnten SPD-Mehrheiten hat, konzentriert sich im Rhein-Main-Gebiet das Interesse nicht zuletzt darauf, ob es der SPD diesmal gelingt, die Führung in der Main-Metropole Frankfurt nach 12 Jahren CDU-Herrschaft wieder zurückzuerobern.

VORAN-Unterstützer in Hessen machen sich als aktive Jusos in diesen Wochen für einen SPD-Sieg stark. Während die nordhessische Metropole Kassel schon ruhrgebietsähnliche Arbeitslosenraten hat, stehen im süd-hessischen Ballungsgebiet „heiße“ Umwelt- und Verkehrsfragen auch im Mittelpunkt des Interesses. Wir rufen alle Jugendlichen in Hessen auf: Wählt SPD! Macht mit bei den Jusos!

Stärkt die Marxisten um VORAN! Ein Sieg der SPD in den hessischen Großstädten und Landkreisen wäre eine wichtige Rückendeckung im Kampf gegen die mit knaptester Mehrheit regierende CDU/FDP-Landes-

regierung und Auftakt für den Sturz der Bonner Kohl-Regierung spätestens bei der nächsten Bundestagswahl. Als aktive SPD-Mitglieder müssen wir uns dafür einsetzen, daß unsere gewählten Vertreter konsequent die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und lernenden Jugend vertreten und sich nicht auf faule Kompromisse einlassen.



Wie wird Frankfurt sauber?

Verwerten statt verbrennen!

Seit zwölf Jahren gestaltet die CDU unter Wallmann und Brück das „schöne neue Frankfurt“. Fernziel ist die Olympiade im Jahre 2004. Angesichts solcher Ziele muß der täglich anfallende Müll nur verbrannt, verbuddelt oder auch einfach vergessen werden.

Inzwischen türmen sich die Berge so hoch, daß vergessen und verbuddeln nicht mehr möglich ist. Deshalb plant die Stadt eine neue Verbrennungsanlage. Die erzeuge dann ja auch „umweltfreundliche Fernwärme“. Fernwärme ist zwar umweltfreundlich, Müllverbrennung aber gar nicht! Und was soll mit Nichtbrennbarem geschehen? Ganz einfach, sagt die Stadt: Zunächst einmal wird der Bauschutt (600.000 t jährlich) in einem eigens zu bauenden Terminal auf Schiffe verladen. Diese transportieren ihn dann gegen Devisen in die DDR.

Ein extrem teures Verfahren, wahrscheinlich wird der Export pro Tonne 100 bis 200 DM kosten. Die Aufarbeitung zu neuen Rohstoffen kostet lediglich ca. 10 DM/t. Diese verstand- und umweltverachtende Politik muß beendet werden! Deshalb fordert wir: - Diejenigen, die den Müll produzieren (z.B. die Industrie produziert 2/3 allen Mülls), sollen auch für

Nein zur Schnellbahntrasse Köln-Frankfurt!

Die deutsche Bundesbahn preist ihr neues „Verkehrssystem der Zukunft“, das zum Teil schon mit dem ICE (Inter-city Experimental) ausprobiert wird: „Doppelt so schnell wie das Auto und halb so schnell wie das Flugzeug“.

Dieser Slogan deutet schon an, auf welche Kundengruppe gezielt wird: vor allem Manager und Geschäftsleute, die von einer Metropole zur nächsten jagen müssen. Bezahlt wird das Ganze mit Preiserhöhungen für den „Normalverbraucher“ und Streckenstilllegungen vor allem in den ländlichen Gebieten.

Aber die geplante Schnellbahntrasse Köln-Frankfurt, die an den östlichen Vororten von Wiesbaden vorbeiführt, bringt außer 5 Mrd. DM Kosten noch mehr Probleme, so z.B. den Lärm. Der Schallpegel bei der Schnellbahn wird durchschnittlich 70 dB betragen. Zum Vergleich: eine Autobahn bedeutet ca. 62 dB.

Aber auch der Landschaftsschutz wird zu kurz kommen. Die schnurgrade Streckenführung bedeutet, daß massiv Tunnel und weite tälerumspannende Brücken gebraucht werden. Das heißt: jahrelange Großbaustellen, die vorhandenen Biotop zerstört. Außerdem haben solche großen Bauprojekte lokale Klimaver-

änderungen zur Folge.

Dies alles soll in Kauf genommen werden für ein Vorhaben, das die meisten von uns in der Form nicht brauchen oder dessen hohe Fahrpreise wir hinterher doch nicht bezahlen können. Vor allem die Bewohner der ländlichen Gebiete werden sogar noch verstärkt auf das Auto angewiesen sein, weil ihre Bahnhöfe stillgelegt sind oder der Zug nur noch zweimal am Tag fährt. Deshalb fordern wir:

- Stopp des Schnellbahnbaus, stattdessen
- massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes und vorhandener DB-Strecken, besonders aber auch des Nahverkehrs;
- Verkürzung der Taktzeiten und Rund-um-die-Uhr-Betrieb im öffentlichen Nahverkehr;
- Nulltarif im öffentlichen Personennahverkehr.

Finanzieren ließe sich ein solches Konzept durch die Gelder, die durch den Verzicht auf Prestigeobjekte eingespart werden, durch einen Stopp vom Autobahn- und Schnellstraßenbau und durch die Verlagerung des Gütertransports so weit wie möglich von der Straße auf die Schiene.

Alexander Petrenko, Wiesbaden
Jungsozialist

Dafür kämpft VORAN

- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung ...
- Keine Unterordnung der SPD-

- regierten Städte, Landkreise und Länder unter die Zwänge der von der Bundesregierung vorgegebenen Spar- und Steuerpolitik. Stattdessen gemeinsamer Widerstand mit den Gewerkschaften gegen Kohl und Kapital.
- Verstaatlichung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.
- Für eine SPD-Alleinregierung im Bund, die die Arbeiterbewegung zur Durchsetzung eines solchen sozialistischen Programms mobilisiert.

Kassel Gegen Arbeitsplatzvernichtung mobilisieren!

Die Massenarbeitslosigkeit schwächt besonders Kommunen in strukturschwachen oder von Strukturkrisen gebeutelten Gebieten, so auch besonders in Kassel. Langzeitarbeitslose müssen durch Sozialhilfe unterstützt werden. Das Elend der Arbeitslosigkeit erfordert erhöhte Leistungen im sozialen Bereich.

Arbeitslosigkeit bedeutet auch Steuermindereinnahmen für eine Stadt. Höhere Ausgaben für Sozialleistungen treffen zusammen mit weniger Steuereinnahmen. Ein Finanzloch

im städtischen Haushalt entsteht bzw. verbreitert sich. Die Stadt verschuldet sich rascher. Tilgung und Zinsen schränken den Finanzspielraum der Stadt dann weiter und weiter ein. Ein Teufelskreis! Die Arbeitslosigkeit ist der ärgste Feind der Lebensqualität in einer Stadt.

Steigende Unternehmergewinne auf der einen, ungebrochen hohe Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite zeigen, daß das Konzept „Die Unternehmensgewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze

von übermorgen“ gescheitert ist. Trotz der offensichtlichen Erfolgslosigkeit hält die CDU/FDP-Bundesregierung an diesem kapitalfreundlichen „Konzept zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ fest. Die Erfahrungen der Regierung Schmidt zeigen, daß eine Politik, die nach solcher Logik handelt, nicht dadurch richtiger wird, daß Sozialdemokraten sie machen.

Die SPD-Spitze in Kassel hat diesbezüglich immer noch zu viele Illusionen, auch wenn sie sagt, das alleine könne nicht die Lösung des Arbeitslo-

sigkeitsproblems bringen. Sie setzt teilweise auf eine Wirtschaftsförderungspolitik, die die Qualität Kassels als Industriestandort heben und die Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft ankurbeln soll. Sie befindet sich damit im Wettbewerb mit anderen gebeutelten, oft auch SPD-regierten Regionen um Unternehmer - ein Wettbewerb, der leicht in einen ruinösen für Ökologie und Finanzen umschlagen kann, für die Unternehmer jedoch enorme finanzielle Vorteile bringt.

Im Ergebnis sind die Bemühungen

der Stadt erfolglos geblieben. Es ist eine kaum nennenswerte Anzahl Arbeitsplätze nach Kassel geholt worden. Demgegenüber stehen die geplanten massiven Arbeitsplatzvernichtungen in Großbetrieben der Kasseler Region, von denen wir hier in Kassel in der letzten Zeit gehört haben: 1000 bei Wintershall, 1000 bei Daimler, 239 Thyssen-Henschel, 100 Wegmann, 2000-4000 bei VW.

SPD-Kommunen sollten sich nicht gegenseitig im Wettbewerb um Unternehmer ruinieren, sondern gemeinsam für eine sozialistische Alternative zu diesem System mobilisieren.

Christian Ebert, Kassel
Jungsozialist



Weil in Frankfurt kein Platz mehr ist, soll der Müll in die DDR exportiert werden.

- dessen Beseitigung bezahlen! Drastische Reduzierung der überflüssigen Verpackungen!
- Wiederaufarbeiten statt verbuddeln oder verschieben!
- Die Stadt muß jedem Haus kostenlos verschiedene Mülltonnen zur Trennung von Kompostierbarem,

- Glas, Papier, Metall und Kunststoff zur Verfügung stellen.
 - Einstellung von mehr Müllwerkern, damit die vermehrte Arbeit nicht zu Lasten der Beschäftigten geht.
- Ulrich Beier und Martin Steiner
Jungsozialisten aus Frankfurt

Ich möchte **VORAN** unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Telefon

Bitte einschicken an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504



Ich möchte

- VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
- VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon

Bitte einschicken an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postgiroamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430